

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

Inhalt

| | |
|---|----|
| Große Unterschiede in den Alterseinkommen | 1 |
| Human Development Report 1997 | 5 |
| Reformstau und Verunsicherung - Einstellungen zum Umbau des Sozialsystems | 6 |
| Workshop: Indikatoren einer „nachhaltigen Entwicklung“ | 9 |
| Starke Beeinträchtigung der Arbeitszufriedenheit durch Konflikte mit Vorgesetzten | 10 |
| Zeit im Blickfeld – Eine Buchbesprechung | 15 |
| Tagung: Institutionen und individuelle Wohlfahrt | 15 |
| Datenreport 1997 erschienen | 16 |

Große Unterschiede in den Alterseinkommen

Ergebnisse der Studie „Alterssicherung in Deutschland“ 1995

Alterseinkommen werden auch heute noch vielfach mit den Renten der gesetzlichen Rentenversicherung gleichgesetzt. Die häufig erhobene Forderung nach Mindestrenten ist ein Ergebnis dieser Sichtweise. Dabei wird übersehen, daß die Einkommen älterer Menschen prinzipiell aus unterschiedlichen Quellen stammen können. Niedrige persönliche Einkommen im Alter können einerseits aus einer bewußten Lebensplanung resultieren, etwa wenn der Lebenspartner über hohe Einkommen oder Vermögen verfügt. Sie können andererseits, und diese Konstellation ist die weitaus häufigere, auf das Auftreten eines oder mehrerer negativer Faktoren zurückzuführen sein, die den Aufbau ausreichender Sicherungsansprüche verhindert haben.

ASID'95: Repräsentativ-Erhebung zur Einkommenslage älterer Menschen

Um diese Zusammenhänge im einzelnen zu untersuchen und um Änderungen im Zeitverlauf darzustellen, hat Infratest Burke Sozialforschung 1995 zum dritten Mal nach 1986 und 1992 eine breit angelegte Untersuchung zur Alterssicherung in Deutschland (ASID) bei Personen und Ehepaaren ab 55 Jahren durchgeführt. Auftraggeber ist das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Die Studie stützt sich auf eine überwiegend schriftliche Befragung von netto über 37.100 Personen, davon 24.500 in den alten und 12.600 in den neuen Bundesländern, zur Höhe der Einkommen aus über 20 Quellen und einer Vielzahl von soziodemographischen und berufsbezogenen Hintergrundvariablen. Befragt wurden alleinstehende Personen, bei Ehepaaren jeweils beide Partner. Bei Witwen wurden Angaben zum verstorbenen Ehemann erhoben.

Die Untersuchungsmethodik der Studie des Jahres 1995 gliedert sich in zwei Teile. Die Daten für die alten Länder resultieren aus einer Fortschreibung der ASID'92 auf der Basis eines von Infratest entwickelten mikroanalytischen Modells. In den neuen Bundesländern wurde eine erneute repräsentative Erhebung durchgeführt, die methodisch und inhaltlich identisch ist mit der Studie von 1992.¹

Alterssicherung basiert auf Leistungen aus mehreren Systemen

Gemäß dem häufig genannten Drei-Säulen-Modell basiert die Alterssicherung in Deutschland auf drei Pfeilern:

1. den gesetzlich begründeten Sicherungssystemen für unterschiedliche Bevölkerungs- bzw. Berufsgruppen:
 - die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) insbesondere für Arbeiter und Angestellte, mittlerweile grundsätzlich offen für nahezu alle Bevölkerungsgruppen,
 - die Beamtenversorgung (BV),
 - die Alterssicherung für Landwirte (LAR), deren Ehefrauen und Mithelfende,
 - die berufsständische Versorgung (BSV) für selbständige und angestellte Angehörige der verkammerten Berufe, dies sind im wesentlichen Human-, Zahn-, Tiermediziner, Apotheker, Rechtsanwälte, Notare und Wirtschaftsprüfer,
2. den Zusatzversorgungssystemen in Privatwirtschaft (Betriebliche Altersversorgung - BAV) und öffentlichem Dienst (ZOED),
3. der privaten Vorsorge in Form von Lebensversicherungen, privaten Rentenversicherungen oder Ersparnissen der unterschiedlichsten Art. Dieser Kategorie wird zunehmend auch das Wohneigentum zugerechnet.

Je nach beruflicher Situation, eigener Initiative und dem Sparvermögen der Personen und

Ehepaare während ihrer aktiven Erwerbsphase kumulieren die Leistungen aus diesen Sicherungssystemen auf der Personenebene in verschiedener Weise miteinander und führen zu Alterseinkommen in unterschiedlicher Höhe. Zusätzliche Kumulationsformen ergeben sich aus dem Zusammentreffen der Einkommen von Ehepartnern. Witwen erhalten zudem ganz überwiegend, Witwer aufgrund von Anrechnungsvorschriften sehr viel seltener, in allen Systemen zusätzliche Einkommen aus der Hinterbliebenenversorgung. Weitere Einkommen fließen ggf. aus Sondersystemen, z.B. der Kriegsofferversorgung und der gesetzlichen Unfallversicherung, sowie - aufgrund des Subsidiaritätsprinzips im Bedarfsfall - in Form von Wohngeld oder Sozialhilfe.

Damit wird deutlich, daß eine alleinige Betrachtung der Einkommen aus einer einzigen Quelle, etwa der eigenen Renten der GRV, zu keiner aussagefähigen Analyse der Einkommenssituation älterer Menschen führt. Dies gilt insbesondere für die alten Bundesländer. In Ostdeutschland stützt sich dagegen die Alterssicherung weitgehend auf die GRV. Alle übrigen Sicherungssysteme wurden erst nach der Wende, teilweise erst 1996, eingerichtet. Nennenswerte weitere Leistungen werden daher erst in etwa 20 Jahren fließen. Auch private Vorsorge bis hin zum Erwerb von Wohneigentum war in DDR-Zeiten nur selten möglich und gelingt auch heute aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage in den neuen Ländern kaum.

Gesetzliche Rentenversicherung als das wichtigste Alterssicherungssystem

89 Prozent der Männer und 70 Prozent der Frauen ab 65 Jahren in den alten Bundesländern beziehen eine Rente der GRV aufgrund eigener Beiträge (vgl. Tabelle 1). Weitere 17 Prozent der Frauen dieser Altersgruppe erhalten eine reine Leistung nach dem Kindererziehungsleistungsgesetz („Trümmerrente“) in durchschnittlicher Höhe von 93 DM. Die dominante Stellung der GRV in den neuen Ländern verdeutlicht Tabelle 1 ebenfalls: Jeweils 99 Prozent der Männer und Frauen ab 65 Jahren erhalten eine eigene Leistung aus diesem System. Andere Träger sind praktisch bedeutungslos. Lediglich einige Beamtenpensionen werden an Personen gezahlt, die diese Ansprüche in früheren Jahren in den alten Ländern erworben haben, und Carl-Zeiss-Jena zahlt heute noch einige aus der ehemaligen DDR überkommene Betriebsrenten.

Aber auch in den alten Bundesländern treten weitere Leistungen seltener auf, als man vielleicht vermuten könnte. Dies gilt insbesondere für Frauen. Lediglich jeweils 6 Prozent erhalten eine zusätzliche betriebliche Altersversorgung (BAV) oder eine Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes (ZOED), jeweils 1 Prozent eine eigene Beamtenversorgung (BV) oder eine landwirtschaftliche Altersrente (LAR). Prozentuiert man die Bezieherinnen einer BAV auf Frauen, die zuletzt in der Pri-

Tabelle 1: Verbreitung und Höhe eigener und abgeleiteter Leistungen der Sicherungssysteme - Personen ab 65 Jahren

| | Anteil Bezieher (%) | | DM/M Ø | | Anteil Bezieherinnen (%) | DM/M Ø |
|---|---------------------|-----------------|--------------------|-------|--------------------------|--------------------|
| | M | F | M | F | | |
| Alte Bundesländer | | | | | | |
| Gesetzliche Rentenversicherung | 89 | 70 ¹ | 1.991 | 762 | 83 | 1.134 |
| Betriebliche Altersversorgung | 29 | 6 | 605 | 316 | 11 | 316 |
| Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst | 12 | 6 | 759 | 551 | 7 | 279 |
| Beamtenversorgung | 12 | 1 | 3.791 ² | 3.447 | 13 | 2.039 ² |
| Alterssicherung für Landwirte | 6 | 1 | 769 | 485 | 5 | 471 |
| Berufsständische Versorgung | 1 | / ⁴ | 3.596 | / | / | / |
| Insgesamt ³ | 99 | 89 | | | 97 | |
| Neue Bundesländer | | | | | | |
| Gesetzliche Rentenversicherung | 99 | 99 | 1.826 | 1.041 | 98 | 799 |
| Insgesamt | 99 | 99 | | | 98 | |

¹ Weitere 17% der Frauen erhalten eine reine Leistung nach dem Kindererziehungsleistungsgesetz

² Einschließlich anteiliger 13. Monatszahlung

³ Einschl. Kriegsofferversorgung und sonstiger Renten

⁴ Kein Nachweis wg. zu geringer Fallzahl

Datenbasis: Infratest Burke Sozialforschung, Alterssicherung in Deutschland 1995 (ASID'95)

vatwirtschaft beschäftigt waren, so zeigt sich, daß nur jede zehnte über eine Betriebsrente verfügt, im öffentlichen Dienst beläuft sich der Anteil auf 46 Prozent. Günstiger ist die Situation der Männer. 29 Prozent beziehen eine Betriebsrente. Bezogen auf die zuletzt in der Privatwirtschaft Beschäftigten sind es 50 Prozent. Je 12 Prozent verfügen über eine Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes oder eine Beamtenpension. Dies sind 89 Prozent aller männlichen Arbeitnehmer und 98 Prozent aller männlichen Beamten.

Beamtenversorgung bietet die höchsten Alterseinkommen

Tabelle 1 zeigt zudem, daß die höheren Bezieherquoten der Männer gegenüber Frauen einhergehen mit höheren Leistungen. Im besonderen Maße gilt dies für die GRV. Während in den alten Bundesländern die durchschnittliche Leistung der Männer 1.991 DM/Monat beträgt, verfügen Frauen mit 762 DM lediglich über 38 Prozent dieser Bezüge. Auch die betrieblichen Zusatzleistungen der Frauen belaufen sich nur auf etwa die Hälfte der Betriebsrenten der Männer.

Im öffentlichen Bereich klaffen die Alterseinkommen weniger stark auseinander. Die Beamtenpensionen der Frauen liegen um 9 Prozent unter denen der Männer, die Zusatzversorgung der Arbeiterinnen und Angestellten des öffentlichen Dienstes um gut ein Viertel. Die geringeren Unterschiede in der Beamten-

versorgung sind darauf zurückzuführen, daß die wenigen Frauen, die bis zur Altersgrenze als Beamtinnen tätig sind, überwiegend dem gehobenen und höheren Dienst angehören.

Der Ost-West-Vergleich verdeutlicht, daß sich die Leistungen der Männer in den neuen Ländern recht nah an die Renten in den alten angeglichen haben. Zurückzuführen ist dies im wesentlichen darauf, daß die Renten in den neuen Bundesländern zwischen Januar 1993 und Juli 1995 um 36,9 Prozent gestiegen sind, in den alten dagegen nur um 8,6 Prozent.

Die GRV-Renten der Frauen ab 65 Jahren sind in den neuen Ländern um 37 Prozent höher als im Westen. Zurückzuführen ist dies im wesentlichen auf die längere Erwerbsdauer sowie das weitgehende Fehlen von Teilzeitarbeit und sozialversicherungsfreien Tätigkeiten in der ehemaligen DDR. So waren die Frauen in den neuen Ländern durchschnittlich 30 Jahre sozialversicherungspflichtig und Vollzeit beschäftigt. In den alten Ländern belief sich die Erwerbsdauer unter Einschluß von sozialversicherungsfreien Tätigkeiten und Teilzeitarbeit im Durchschnitt auf 23 Jahre.

Gesetzliche Rentenversicherung auch für Witwen das wichtigste Sicherungssystem

Nahezu alle Witwen - zwischen 97 Prozent und 98 Prozent - ab 65 Jahren in den alten wie neuen Ländern erhalten eine Hinterbliebenen-Leistung (Tabelle 1). Wie bei den eigenen Lei-

stungen entfallen in den neuen Ländern praktisch alle Leistungen auf die GRV, und auch in Westdeutschland dominiert mit 83 Prozentpunkten dieses System. Die Streuung um den Durchschnitt aller Leistungen von 1.366 DM im Westen ist zwischen den Systemen beträchtlich. Wie bei den eigenen Leistungen liegen die Bezüge der Witwen von Beamten mit 2.039 DM am höchsten.

Hinterbliebenenrenten der GRV werden gekürzt, wenn die eigenen Renten bestimmte Höchstgrenzen überschreiten. Da in Ostdeutschland ein größerer Teil der Frauen eigene Renten erhält, greift diese Kürzungsvorschrift in den neuen Ländern stärker. Zudem waren die den Witwenrenten zugrundeliegenden Ansprüche der verstorbenen Männer geringer. Beides zusammen führt dazu, daß die Hinterbliebenenrenten der GRV in den alten Ländern mit durchschnittlich 799 DM um immerhin 30 Prozent niedriger liegen als im Westen.

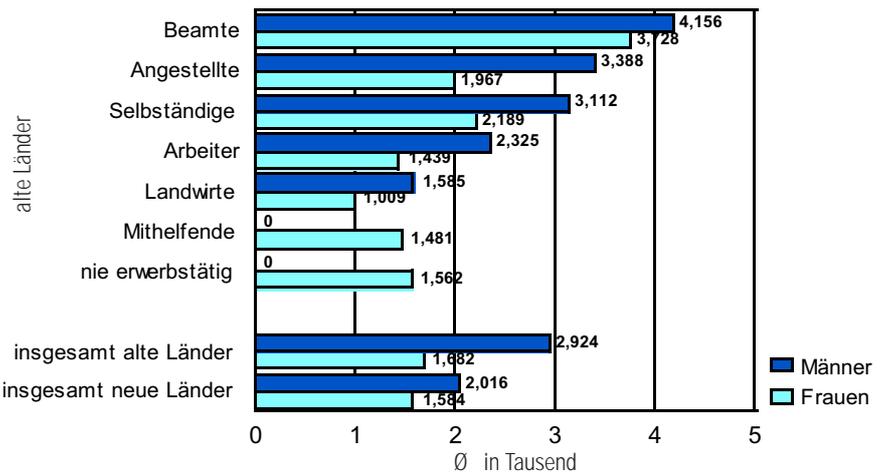
Persönliche Nettoeinkommen differieren zwischen Ost und West stärker als die Renten

Die unterschiedliche Höhe der Leistungen der Sicherungssysteme, die verschiedenen Kumulationsformen und schließlich die unterschiedlich ausgeprägte zusätzliche private Vorsorge führen dazu, daß die persönlichen Nettoeinkommen im Alter stärker differieren als die Leistungen aus den einzelnen Systemen. So liegt das durchschnittliche Nettoeinkommen der Männer in Westdeutschland mit 2.924 DM um 45 Prozent höher als im Osten Deutschlands mit 2.016 DM. Auch bei Frauen liegen die Nettoeinkommen in den alten Ländern höher als im Osten (1.682 DM gegenüber 1.584 DM (6 Prozent)). Die höheren Renten ostdeutscher Frauen werden also durch die höheren sonstigen Einkommen in Westdeutschland überkompensiert.

Beamte verfügen im Durchschnitt über die höchsten, Landwirte über die niedrigsten persönlichen Nettoeinkommen im Alter

Aufgrund der bisherigen Ausführungen überrascht es nicht, daß sich die persönlichen Nettoeinkommen recht deutlich nach der beruflichen Stellung unterscheiden. So verfügen in den alten Ländern männliche Arbeiter mit durchschnittlich 2.325 DM über 80 Prozent des Gesamtdurchschnitts aller Männer, während Beamte mit 4.156 DM um 42 Prozent darüber liegen (vgl. Graphik 1). Bei Frauen ist - auf nachhaltig niedrigerem Niveau - die Situation der Arbeiterinnen ähnlich (-14 Prozent), der Vorsprung der Beamtinnen ist dagegen größer (+ 122 Prozent). Am niedrigsten sind die persönlichen Nettoeinkommen der Landwirte und Landwirtinnen. Männer liegen mit 1.585 DM um 46 Prozent unter dem Gesamtdurchschnitt, Frauen mit etwas mehr als 1.000 DM um 33 Prozent niedriger. Inwieweit die Einkommenslage ehemaliger Landwirte aufgrund ergänzender Sachleistungen (Alten-

Graphik 1: Nettoeinkommen der Personen ab 65 Jahren nach beruflicher Stellung



Datenbasis: Infratest Burke Sozialforschung, Alterssicherung in Deutschland 1995 (ASID '95)

teil) faktisch besser ist, als es in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, läßt sich anhand der Daten der ASID nicht klären. Aufgrund des nach wie vor anhaltenden Strukturwandels in der Landwirtschaft kann man davon ausgehen, daß nur ein Teil der Landwirte den Hof an einen Erben übergibt und damit zusätzlich regelmäßig Sachleistungen erhält (z. B. freie Kost).

Einkommensunterschiede zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten zum Teil strukturell bedingt

Die Einkommensunterschiede zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten beruhen keineswegs ausschließlich auf einer günstigeren Ausgestaltung etwa der Beamtenversorgung und der unterschiedlichen Einbeziehung in ergänzende Systeme wie der Zusatzversorgung in Privatwirtschaft oder öffentlichem Dienst. Hinzu kommen weitere strukturelle Unterschiede. So ist etwa ein Lehrabschluß die Voraussetzung für die Übernahme in den einfachen Dienst der Beamtenlaufbahn. Es gibt also keine ‚un- oder angelehrten‘ Beamten.

Demgegenüber erfüllen Arbeiter allenfalls in seltenen Ausnahmefällen die Eingangsvoraussetzungen für den gehobenen oder höheren Dienst.

Ein aussagekräftiger Vergleich der Nettoeinkommen im Alter nach der letzten beruflichen Stellung ist daher nur bei einer zusätzlichen Differenzierung nach dem Tätigkeitsniveau möglich. Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, verringern sich bei dieser Betrachtung die Einkommensunterschiede zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten tendenziell, sie verschwinden aber keineswegs. In allen fünf ausgewiesenen Stufen liegen - soweit sie jeweils besetzt sind - die Angestellten vor den Arbeitern (zwischen 7 Prozent und 15 Prozent) und die Beamten vor den Angestellten. Die Unterschiede sind umso größer, je höher das Tätigkeitsniveau ist. Die Beamten des einfachen Dienstes haben einen Vorsprung von 6 Prozent, die des höheren Dienstes von 40 Prozent gegenüber den vergleichbaren Angestellten. In dieser Gruppe sind sie sogar größer als im Gesamtdurchschnitt.

Tabelle 2: Nettoeinkommen von Arbeitern, Angestellten und Beamten ab 65 Jahren nach Tätigkeitsniveau - Männer, alte Bundesländer

| | Arbeiter | Angestellte | Beamte |
|--|----------|-------------|--------|
| Un-/angelernt | 2.113 | 2.338 | - |
| Facharbeiter / einfache Fachkraft / einfacher Dienst | 2.393 | 2.569 | 2.724 |
| Meister / mittl. Position / mittlerer Dienst | 2.616 | 3.009 | 3.307 |
| Gehobene Position / gehobener Dienst | - | 3.683 | 4.303 |
| Leitende Position / höherer Dienst | - | 4.500 | 6.017 |

Datenbasis: Infratest Burke Sozialforschung, Alterssicherung in Deutschland 1995 (ASID '95)

Einkommenssituation alleinstehender Männer ist besser als die der Ehepaare

Die Lebens- und Einkommensplanung der heute 65jährigen und älteren Frauen war in der Vergangenheit wesentlich von der Vorstellung geprägt, daß die Einkommen des Ehemannes die finanzielle Grundlage für das Leben im Alter darstellen. Inwieweit dies tatsächlich gewährleistet ist, ergibt sich aus der Betrachtung der Nettoeinkommen der Ehepaare und Alleinstehenden. Ehepaare mit einem Ehemann ab 65 Jahren beziehen in den alten Bundesländern mit 3.769 DM (vgl. Tabelle 3) zwar das höchste Nettoeinkommen, günstiger ist jedoch die Lage alleinstehender Männer mit durchschnittlich 2.710 DM, dies sind 70 Prozent der Bezüge der Ehepaare. Witwen erreichen mit 2.086 DM 55 Prozent der Einkommen der Ehepaare. Ledige Frauen liegen mit 1.890 DM am Ende der Skala.

In Ostdeutschland stehen den Ehepaaren im Durchschnitt 3.118 DM zur Verfügung (83 Prozent des West-Wertes, vgl. Tabelle 4), alleinstehende Männer beziehen 75 Prozent, ledige Frauen 73 Prozent und geschiedene Frauen 71 Prozent der Einkommen in den alten Ländern. Am geringsten sind die Unterschiede bei Witwen. Sie liegen mit 1.911 bei 91 Prozent des West-Wertes und bei 61 Prozent der Einkommen der Ost-Ehepaare.

Die Schichtungen über die Größenklassen der Einkommen unterscheiden sich zwischen beiden Teilen Deutschlands nicht unerheblich. In Ostdeutschland konzentrieren sich die Nettoeinkommen auf wenige Größenklassen, in den alten streuen sie stärker über alle Klassen. Niedrige Einkommen unter 600 DM treten in Ostdeutschland nur in wenigen Ausnahmefällen auf, während in Westdeutschland immerhin 5 Prozent der ledigen Frauen und 2 Prozent der alleinstehenden Männer in diesen Bereich fallen. Ein geringerer Anteil von Haushalten mit niedrigen Einkommen zeigt sich in den neuen Ländern auch bei Ehepaaren. Er liegt bei 5 Prozent, in Westen ist er mit 10 Prozent doppelt so hoch. Zu untersuchen wäre, inwieweit diese und weitere niedrige Einkommen auf nicht wahrgenommene Sozialhilfeforderungen zurückzuführen sind.

Kumulationsbedingte höhere Alterseinkommen über 5.000 DM sind in Ostdeutschland nur bei 2 Prozent der Ehepaare und 1 Prozent der alleinstehenden Männer zu verzeichnen. In Westdeutschland fallen 17 Prozent der Ehepaare, 5 Prozent der alleinstehenden Männer und 2 Prozent der Witwen in diese Gruppe. Insgesamt liegen im Westen 6 Prozent aller Haushalte im Alter ab 65 Jahren in diesem Bereich. Überwiegend sind es Haushalte von Beamten und Selbständigen, letztere sind zum Teil noch erwerbstätig. Darüber hinaus beziehen in der Gruppe der Ehepaare mit einem Ehemann ab 65 Jahre noch 11 Prozent der Ehefrauen ein Erwerbseinkommen.

Tabelle 3: Schichtung des Nettoeinkommens von Ehepaaren und Alleinstehenden - Ehemänner und Alleinstehende ab 65 Jahren, alte Bundesländer

| | Ehepaare | Männer Alleinstehende | Ledige | Frauen Geschiedene | Witwen |
|-----------------------|----------|--------------------------|--------|-----------------------|--------|
| b. u. 400 DM | 0 | 1 | 2 | 0 | 0 |
| 400 b. u. 600 DM | 0 | 1 | 3 | 0 | 1 |
| 600 b. u. 1.000 DM | 0 | 4 | 11 | 14 | 6 |
| 1.000 b. u. 1.400 DM | 2 | 6 | 20 | 26 | 16 |
| 1.400 b. u. 2.000 DM | 7 | 19 | 22 | 24 | 32 |
| 2.000 b. u. 3.000 DM | 27 | 38 | 24 | 20 | 31 |
| 3.000 b. u. 4.000 DM | 30 | 17 | 12 | 9 | 8 |
| 4.000 b. u. 5.000 DM | 15 | 7 | 5 | 6 | 3 |
| 5.000 b. u. 10.000 DM | 15 | 6 | 2 | 1 | 2 |
| 10.000 DM und mehr | 2 | 0 | 0 | - | 0 |
| Durchschnitt (DM/M) | 3.769 | 2.710 | 2.112 | 1.890 | 2.086 |

Datenbasis: Infratest Burke Sozialforschung, Alterssicherung in Deutschland 1995 (ASID'95)

Alterssicherung im Jahr 2010

Die Ergebnisse der ASID haben vorwiegend deskriptiven Charakter. Sie zeigen Zusammenhänge zwischen dem früheren (Erwerbs-)Leben und den heutigen Alterseinkommen auf. Zur adäquaten Weiterentwicklung der Alterssicherungssysteme sind darüber hinaus Daten erforderlich, die Prognosen über die Alterseinkommen künftiger Rentnergenerationen ermöglichen. Aus diesem Grund führt Infratest Burke Sozialforschung zur Zeit im Auftrag des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger und des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung bei Personen zwischen 40 und 60 Jahren eine Untersuchung zur Altersvorsorge in Deutschland (AVID) durch. Sie verbindet eine persönlich-mündliche Befragung mit einer sogenannten Klärung² der Rentenversicherungskonten. Mit Zustimmung der Befragten werden beide Datensätze zusammengeführt und gemeinsam ausgewertet. Ergebnisse werden in etwa einem Jahr vorliegen. ASID und AVID werden dann zusammen einen geschlossenen Überblick über die aktuelle und künftige Einkommenssituation älterer Menschen geben.

- 1 Die Anlage der Studie einschließlich einer detaillierten Validierung der Untersuchungsergebnisse ist in einem ausführlichen Methodenbericht beschrieben. Vgl. Infratest Burke Sozialforschung, Alterssicherung in Deutschland 1995 (ASID'95) - Methodenbericht, Forschungsbericht des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Bd. 264-M. Erste Ergebnisse sind in einem Schnellbericht veröffentlicht (Bd. 264-S), weitere Ergebnisse: Alterssicherungsbericht, den die Bundesregierung im Sommer dieses Jahres vorlegen wird. Zur ASID'86 vgl. Forschungsbericht Nr. 200 (6 Teilbände), zur ASID'92 Forschungsbericht Nr. 244 (4 Teilbände).
- 2 Im Rahmen der Klärung des Rentenkontos wird dessen Vollständigkeit geprüft. Gegebenenfalls muß der/die Rentenantragsteller/-in amtlich beglaubigte Unterlagen über anzurechnende Zeiten, z.B. Kindererziehung, Pflege von Angehörigen oder Schul-/Berufsausbildung beibringen.

■ **Gudrun Kneißl und Klaus Kortmann,**
Infratest Burke Sozialforschung, München
Tel. 089/5600-418

Tabelle 4: Schichtung des Nettoeinkommens von Ehepaaren und Alleinstehenden - Ehemänner und Alleinstehende ab 65 Jahren, neue Bundesländer

| | Ehepaare | Männer Alleinstehende | Ledige | Frauen Geschiedene | Witwen |
|-----------------------|----------|--------------------------|--------|-----------------------|--------|
| b. u. 400 DM | - | - | - | - | 0 |
| 400 b. u. 600 DM | - | - | 1 | 1 | 0 |
| 600 b. u. 1.000 DM | 0 | 0 | 8 | 17 | 2 |
| 1.000 b. u. 1.400 DM | 0 | 11 | 31 | 43 | 13 |
| 1.400 b. u. 2.000 DM | 4 | 43 | 47 | 32 | 45 |
| 2.000 b. u. 3.000 DM | 45 | 40 | 9 | 6 | 37 |
| 3.000 b. u. 4.000 DM | 43 | 4 | 4 | 1 | 4 |
| 4.000 b. u. 5.000 DM | 7 | 1 | - | - | 0 |
| 5.000 b. u. 10.000 DM | 2 | 1 | - | - | - |
| 10.000 DM und mehr | 0 | - | - | - | - |
| Durchschnitt (DM/M) | 3.118 | 2.044 | 1.550 | 1.343 | 1.911 |

Datenbasis: Infratest Burke Sozialforschung, Alterssicherung in Deutschland 1995 (ASID'95)

Human Development Report 1997

- neben dem „Human Development Index“ erstmals „Human Poverty Index“ veröffentlicht -

Am 12. Juni wurde der Human Development Report 1997 in Bonn der Weltöffentlichkeit vorgestellt. Der Human Development Report wird vom United Nations Development Programme (UNDP) zusammengestellt und seit 1990 jährlich veröffentlicht.

Kern des Human Development Reports ist der Human Development Index (HDI), der als zusammenfassende Maßzahl für das erreichte Entwicklungsniveau einer Gesellschaft für 175 Nationen berechnet wird und die Basis für eine entsprechende Rangordnung dieser Länder darstellt. Der HDI kombiniert Informationen zu drei verschiedenen Dimensionen von Human Development und aggregiert sie in einer einzigen Maßzahl: (1) Lebensstandard - gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, das jedoch diskontiert wird, um dem abnehmenden Grenznutzen materiellen Wohlstands Rechnung zu tragen; (2) Länge des Lebens - gemessen an der mittleren Lebenserwartung; (3) Bildungsniveau - gemessen an Alphabetisierung und Bildungsbeteiligung.

Im Vergleich der 175 Länder erreicht Kanada mit 0,960 wie schon im vergangenen Jahr erneut den höchsten HDI-Wert und belegt den Spitzenplatz vor Frankreich, Norwegen und den USA. Deutschland erreicht mit einem HDI-Wert von 0,924 nur den 19. Platz, knapp vor Griechenland (20.) und Italien (21.), liegt aber hinter Ländern wie z.B. Spanien (11.), Österreich (12.), Belgien (13.), Schweiz (16.) und Irland (17.). Mit HDI-Werten von 0,21 bis 0,18 schneiden Niger, Ruanda und Sierra Leone als die Ärmsten der Armen in der Human Development Rangordnung am schlechtesten ab.

Für die überraschend niedrige Platzierung Deutschlands in der HDI-Rangordnung gibt es mehrere Gründe: So ist zunächst zu konstatieren, daß Deutschland nach der Wiedervereinigung - gemessen am Gesamtdurchschnitt des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf - nicht mehr zum Club der Superreichen gehört. Allerdings fällt die HDI Platzierung noch drei Rangplätze hinter die Platzierung nach dem BIP/Kopf zurück. Ausschlaggebend dafür ist einerseits die Lebenserwartung - hier erreicht Deutschland mit 76,3 Jahren lediglich einen mittleren Wert, der z.B. von neun EU-Ländern übertroffen wird - und andererseits an dem verwendeten Bildungsindikator, demzufolge das Bildungsniveau ebenfalls in neun anderen EU-Ländern höher ist als in Deutschland. Hier scheinen allerdings erhebliche Zweifel angebracht, ob

der verwendete Bildungsindex, in den die Alphabetisierungsquote - hier erreichen lediglich die südeuropäischen EU-Länder niedrigere Quoten als 99 Prozent - mit doppeltem Gewicht sowie eine Kombination aus primärer, sekundärer und tertiärer Bildungsbeteiligung mit einfachem Gewicht eingehen, die Verhältnisse angemessen erfaßt. Unklar bleibt nicht nur, wie die Bildungsbeteiligungsquote im einzelnen berechnet wird, sondern insbesondere auch, ob und wie die Beteiligung an der beruflichen Bildung im Rahmen des dualen Systems hierbei berücksichtigt wird.

Erstmals enthält der neue Human Development Report 1997 auch einen „Human Poverty Index“ (HPI), der nicht allein Einkommensarmut mißt, sondern drei verschiedene Armutsdimensionen umfaßt: niedrige Lebenserwar-

tung (Bevölkerungsanteil mit einer Lebenserwartung unter 40 Jahren), Analphabetismus (Anteil erwachsener Analphabeten) sowie einen bestimmte Minimumstandards unterschreitenden Lebensstandard (Bevölkerungsanteil ohne Zugang zu medizinischer Versorgung und sauberem Trinkwasser sowie Prozentsatz der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren). Es ist offensichtlich, daß dieser Index vor allem auf die Armutsmessung in den weniger entwickelten Ländern abzielt. Ein Nachteil dieses Typs von Index besteht sicherlich darin, daß er lediglich auf der Aggregatenebene berechnet werden kann, aber nicht dazu geeignet ist, Personen auf der Individualebene als arm oder nicht-arm zu klassifizieren. Man wird annehmen können, daß auch dieser von UNDP propagierte „Human Poverty Index“ ein lebhaftes Echo in der wissenschaftlichen, aber auch in der politischen Diskussion finden wird.

Human Development Report 1997. Published for the United Nations Development Programme (UNDP). New York/Oxford: Oxford University Press 1997. ISBN 0-19-511996-7 (cloth); ISBN 0-19-511997-5 (paper).

■ Heinz-Herbert Noll, ZUMA
Tel: 0621/1246-241

Human Development Index - ausgewählte Länder

| Land | HDI-1997 ¹ | HDI-Rang 1997 | HDI-Rang 1996 | HDI-Rang 1997 - Rang BIP/Kopf |
|----------------|-----------------------|---------------|---------------|----------------------------------|
| Kanada | 0,960 | 1 | 1 | 7 |
| Frankreich | 0,946 | 2 | 7 | 13 |
| Norwegen | 0,943 | 3 | 5 | 6 |
| USA | 0,942 | 4 | 2 | -1 |
| Niederlande | 0,940 | 6 | 4 | 13 |
| Japan | 0,940 | 7 | 3 | 0 |
| Finnland | 0,940 | 8 | 6 | 15 |
| Schweden | 0,936 | 10 | 9 | 11 |
| Spanien | 0,934 | 11 | 10 | 19 |
| Österreich | 0,932 | 12 | 13 | 1 |
| Belgien | 0,932 | 13 | 12 | -1 |
| Australien | 0,931 | 14 | 11 | 4 |
| Großbritannien | 0,931 | 15 | 16 | 5 |
| Schweiz | 0,930 | 16 | 15 | -12 |
| Irland | 0,929 | 17 | 19 | 8 |
| Dänemark | 0,927 | 18 | 17 | -8 |
| Deutschland | 0,924 | 19 | 18 | -3 |
| Griechenland | 0,923 | 20 | 21 | 15 |
| Italien | 0,921 | 21 | 20 | -4 |
| Luxemburg | 0,899 | 27 | 27 | -26 |
| Portugal | 0,890 | 31 | 35 | 3 |
| Tschechien | 0,882 | 39 | 37 | 3 |
| Ungarn | 0,857 | 48 | 46 | 5 |
| Polen | 0,834 | 58 | 56 | 14 |
| Russland | 0,792 | 67 | 57 | 7 |
| Bulgarien | 0,780 | 69 | 62 | 9 |
| Niger | 0,206 | 173 | 174 | -8 |
| Ruanda | 0,187 | 174 | 152 | 1 |
| Sierra Leone | 0,176 | 175 | 173 | -4 |

Zusammengestellt nach Human Development Report 1997

¹ Die Daten aus dem Report von 1997 beziehen sich jeweils auf 1994

Reformstau und Verunsicherung

Einstellungen zum Umbau des Sozialsystems

In den Debatten zur Modernisierung des Systems der sozialen Sicherung haben sich die politischen Parteien bisher nicht auf mehrheitsfähige Reformprojekte verständigen können. Stattdessen wurden nach und nach zentrale Bestandteile des Sozialsystems vorübergehend zur Disposition gestellt. Mittlerweile befürchtet die Mehrheit der Bevölkerung, in Zukunft bei Krankheit, im Alter und bei Arbeitslosigkeit schlecht gesichert zu sein. Diese Verunsicherung hat sich in der Gesellschaft weit ausgebreitet, und die Konsequenzen sind nicht mehr zu ignorieren. Von der Erwartung, bei kritischen Lebensereignissen zukünftig schlecht abgesichert zu sein, werden die Wahlabsichten, die Bewertung des Sozialsystems, des politischen Systems und des Wirtschaftssystems sowie das subjektive Wohlbefinden nachhaltig beeinflusst.

Diskussionen zum Umbau des Systems der sozialen Sicherung hat es in der Bundesrepublik Deutschland immer wieder einmal gegeben. In den 70er Jahren flammten besonders heftige Debatten zur Leistungsfähigkeit und Zukunftsperspektive des Sozialsystems auf. Der drastische Beschäftigungsabbau während der Wirtschaftskrise 1974/75 hatte das Gleichgewicht von Beitragszahlern und Beitragsempfängern empfindlich gestört. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte erreichte immer neue Rekordniveaus. Mit einer Kombination aus Beitragserhöhungen und Leistungssenkungen gelang es schließlich, das System der sozialen Sicherung zu stabilisieren.

Neue Herausforderungen für das System der sozialen Sicherung

In den letzten Jahren ist das Sozialsystem erneut unter Reformdruck geraten. Heute geht es aber nicht mehr nur darum, konjunkturelle Schwächephasen abzufedern. Das Sozialsystem muß vielmehr an grundlegend veränderte Rahmenbedingungen angepaßt werden. Der demographische Wandel, die sozialen Folgen der deutschen Einheit, die zunehmende Entkoppelung von Wachstum und Beschäftigung durch die Globalisierung der Wirtschaft sowie die finanzpolitischen Restriktionen im Kontext der europäischen Währungsunion sind vier grundlegende Probleme, denen sich auch die Sozialpolitik stellen muß.

Die politischen Parteien haben bei ihrer Aufgabe, das System der sozialen Sicherung umfassend zu modernisieren, bisher weitgehend versagt. An Reformvorschlägen mangelt es nicht. Zu einem Konsens konnten sich die Akteure bisher jedoch nicht durchringen. Ob Rentenreform, Steuerreform oder Beschäftigungsgipfel, überall das gleiche Bild: die Initiativen laufen sich im Labyrinth der institutionalisierten Interessen tot. Die vom taktischen Kalkül der Partikularinteressen geprägten Diskussionen haben bisher nur ein Resultat hervorgebracht: einen rapiden Vertrauensverlust und eine tiefe Verunsicherung der Bürger.

Die Ergebnisse unserer repräsentativen Umfrage¹ sind ernüchternd. Angesichts der gegen-

wärtigen Debatte zum Umbau des Sozialsystems meinen ca. zwei Drittel der Bürger, in Zukunft bei Krankheit, im Alter und bei Arbeitslosigkeit „schlecht gesichert“ bzw. „eher schlecht gesichert“ zu sein (vgl. Tabelle 1). Nur acht von 100 Befragten nehmen an, daß sie künftig „gut gesichert“ sein werden. Besonders alarmierend ist dabei, wie weit sich dieses Gefühl der Unsicherheit in der Gesellschaft bereits ausgebreitet hat. Es betrifft Männer und Frauen, Ost- und Westdeutsche, Jüngere und

Ältere, Unterschicht und Mittelschicht nahezu gleichermaßen. Nur die über 60jährigen, die Oberschicht, die höher Gebildeten und die sogenannten „Besserverdienenden“ sind weniger stark betroffen.

Risikogruppen besonders verunsichert

Besonders verunsichert sind diejenigen, die kritische Lebensereignisse ganz unmittelbar auf sich zukommen sehen. Von den Befragten, die ihren eigenen Arbeitsplatz für „sehr unsicher“ halten, sind 39 Prozent davon überzeugt, daß sie beim Eintritt dieses Ereignisses schlecht gesichert sein werden (vgl. Tabelle 2). In der Gruppe derjenigen, die ihren Arbeitsplatz für „sehr sicher“ halten, sind es dagegen nur 11 Prozent.

Der gegenwärtige Bezug von Sozialleistungen hat ebenfalls einen signifikanten Einfluß auf die erwartete Absicherung elementarer Lebensrisiken. Empfänger von Arbeitslosengeld, von Wohngeld oder von Sozialhilfe sind weit aus pessimistischer als diejenigen, die keine Sozialleistungen beziehen. Das hat seine Ursachen: Erstens wird von den Leistungsbeziehern das Risiko, wiederholt arbeitslos oder hilfsbedürftig zu werden, relativ hoch eingeschätzt. Zweitens meint die Mehrheit, von die-

Tabelle 1: Erwartete Absicherung elementarer Lebensrisiken

| | Wie werden Sie in Zukunft bei Krankheit, im Alter und bei Arbeitslosigkeit gesichert sein? ¹ | | | |
|------------------------------|---|-------------|------------------|-------------|
| | ...gut | ...eher gut | ...eher schlecht | ...schlecht |
| | in Prozent | | | |
| Insgesamt | 8 | 29 | 45 | 18 |
| Region | | | | |
| Westdeutschland | 9 | 31 | 45 | 15 |
| Ostdeutschland | 2 | 22 | 45 | 31 |
| Geschlecht | | | | |
| Männer | 9 | 29 | 45 | 17 |
| Frauen | 6 | 29 | 45 | 20 |
| Alter | | | | |
| 18 bis 39 Jahre | 4 | 24 | 52 | 20 |
| 40 bis 59 Jahre | 8 | 29 | 42 | 21 |
| 60 Jahre und älter | 13 | 36 | 37 | 14 |
| Schulbildung | | | | |
| Ohne Abschluß | 9 | 6 | 55 | 30 |
| Hauptschule | 7 | 29 | 46 | 19 |
| Mittlere Reife | 8 | 31 | 42 | 19 |
| Abitur/FH-Reife | 12 | 28 | 43 | 17 |
| Subjektive Schichteinstufung | | | | |
| Unterschicht | 3 | 28 | 48 | 21 |
| Mittelschicht | 8 | 28 | 45 | 19 |
| Oberschicht | 21 | 38 | 33 | 7 |
| Nettoeinkommen pro Monat | | | | |
| weniger als 1500 DM | 3 | 23 | 52 | 22 |
| 1500 bis 3000 DM | 5 | 27 | 49 | 19 |
| 3000 bis 4500 DM | 6 | 39 | 39 | 16 |
| mehr als 4500 DM | 30 | 37 | 23 | 10 |

¹ Frage: „Es gibt im Augenblick Diskussionen zum Sozialumbau in Deutschland. Wenn Sie an die Zukunft denken, was meinen Sie? Wie werden Sie in Zukunft bei Krankheit, im Alter und bei Arbeitslosigkeit gesichert sein?“

Datenbasis: SoWi-Bus 1996

Tabelle 2: Erwartete Absicherung elementarer Lebensrisiken nach Risikogruppen - Kompensationschancen

| | Wie werden Sie in Zukunft bei Krankheit, im Alter und bei Arbeitslosigkeit gesichert sein? | | | |
|----------------------------------|--|-------------|------------------|-------------|
| | ...gut | ...eher gut | ...eher schlecht | ...schlecht |
| | in Prozent | | | |
| Insgesamt | 8 | 29 | 45 | 18 |
| Mein eigener Arbeitsplatz ist... | | | | |
| Sehr unsicher | 0 | 10 | 51 | 39 |
| Eher unsicher | 0 | 13 | 65 | 22 |
| Eher sicher | 6 | 36 | 42 | 16 |
| Sehr sicher | 22 | 34 | 33 | 11 |
| Bezieher von... | | | | |
| Arbeitslosengeld, -hilfe | 2 | 10 | 51 | 37 |
| Wohngeld | 4 | 12 | 53 | 31 |
| Sozialhilfe | 7 | 13 | 60 | 20 |
| Kein Sozialleistungsbezug | 9 | 31 | 43 | 17 |
| Sparvolumen pro Monat | | | | |
| weniger als 500 DM | 3 | 31 | 49 | 16 |
| 500 bis 1000 DM | 16 | 31 | 41 | 13 |
| mehr als 1000 DM | 18 | 39 | 34 | 9 |
| Eigentumsverhältnisse, Wohnen | | | | |
| Miete, Untermiete | 4 | 23 | 49 | 25 |
| Haus-, Wohneigentum | 12 | 37 | 41 | 11 |

Datenbasis: SoWi-Bus 1996

sich in Zukunft bei kritischen Lebensereignissen eher schlecht oder schlecht gesichert. Aus der Ehe, bzw. dem von den Ehepartnern gegebenen Versprechen, auch in schlechten Zeiten zueinander zu halten, ergibt sich ebenfalls kein größerer Sicherheitsvorteil. Von den Verheirateten glauben 40 Prozent, bei Krankheit, im Alter und bei Arbeitslosigkeit eher gut oder gut gesichert zu sein, von den Ledigen sind es 30 Prozent und von den Geschiedenen 28 Prozent.

Folgen der Verunsicherung bereits sichtbar

Betrachtet man nun die Verunsicherung der Bevölkerung hinsichtlich ihrer Absicherung im Zusammenhang mit anderen Einstellungen, so zeigen sich Folgen bei (1) den Wahlabsichten, (2) der Bewertung des Sozialsystems, des politischen Systems und des Wirtschaftssystems und (3) ihrem subjektiven Wohlbefinden.

Die erwartete Absicherung zukünftiger kritischer Lebensereignisse hat großen Einfluß auf die Wahlabsichten. Von den „gut Gesicherten“ - also denjenigen, die erwarten, in Zukunft gut gesichert zu sein - sagen nur 4 Prozent, daß sie bestimmt nicht an der Wahl teilnehmen würden (vgl. Graphik 1). Von den „eher gut Gesicherten“ sind es 10 Prozent, von den „eher schlecht Gesicherten“ 15 Prozent und von den „schlecht Gesicherten“ schon 25 Prozent, die meinen, sie würden ihre Stimme bestimmt

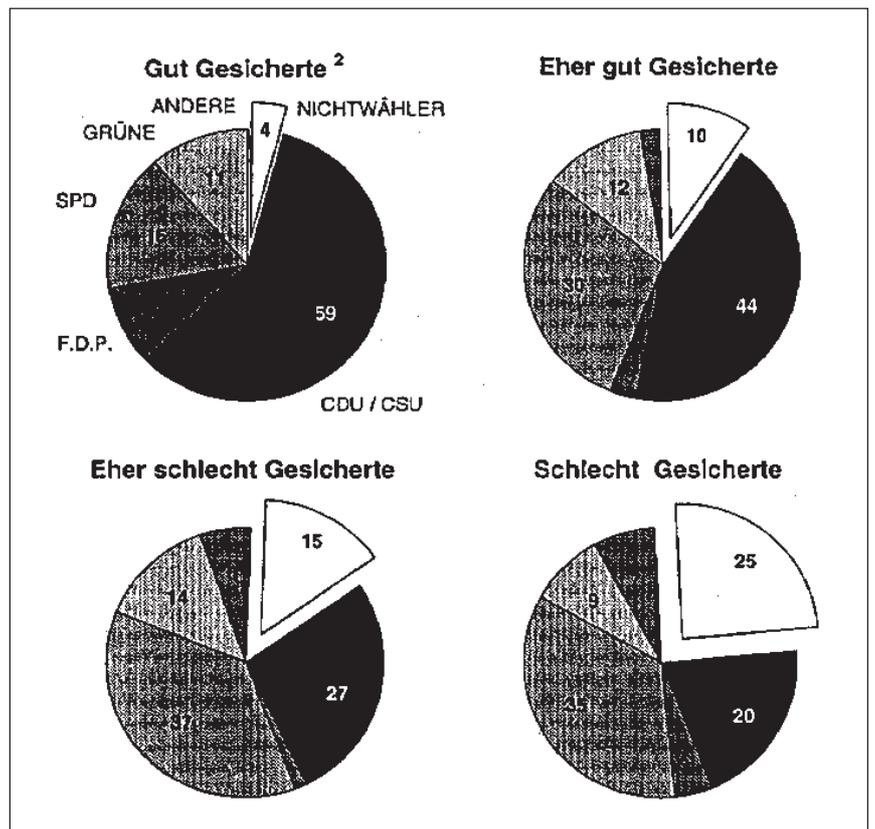
sen Leistungen tatsächlich abhängig zu sein. Alternative Vorsorgestrategien werden kaum noch wahrgenommen. Bereits seit Jahrzehnten diskutiert man eine zunehmende Anspruchshaltung und den Rückgang der Eigenverantwortung als negative Begleiterscheinungen der Expansion des Sozialstaates. Die Folgen werden hier sichtbar. Nicht zuletzt verweisen diese Ergebnisse aber auch auf die objektiv geringeren Möglichkeiten einkommenschwacher Schichten, den Wegfall staatlicher Sozialleistungen zu kompensieren.

Mehrheit hält Reform der sozialen Sicherung für unumgänglich

Wie man inzwischen weiß, hält die Mehrheit der Bevölkerung eine Reform des Systems der sozialen Sicherung für unumgänglich. Die Umstellung der individuellen Risikovorsorge auf mehr Eigenverantwortung, mehr Markt bzw. mehr Gemeinschaft setzt jedoch verbindliche Entscheidungen der Politik über die zukünftige Palette der Sozialleistungen, ihr Niveau und die jeweiligen Zugangsbedingungen voraus. Da bisher keine definitiven Vereinbarungen erzielt wurden, fallen auch die Sicherheitsgewinne bereits vorhandener, alternativer Vorsorgemaßnahmen unerwartet gering aus. Mit der Höhe der monatlichen Sparsumme nimmt zwar die Erwartung, künftig eher gut oder gut gesichert zu sein, deutlich zu. Doch selbst von denen, die monatlich mehr als 500 DM sparen, sind 54 Prozent nicht dieser Meinung. Angesichts der Unsicherheit über die künftigen Sozialleistungen ist offenbar nicht abzusehen, ob ein bestimmter Sparbetrag zur Absicherung kritischer Lebensereignisse ausreicht. Ganz ähnlich verhält es sich hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse. Haus- bzw.

Wohnungseigentümer blicken zwar gelassener in die Zukunft als Mieter bzw. Untermieter. Doch auch 52 Prozent der Eigentümer sehen

Graphik 1: Projektion: Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre ...¹ - nach erwarteter Absicherung von Lebensrisiken



¹ Frage: „Wenn jetzt, am nächsten Sonntag, Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann mit Ihrer Zweitstimme wählen?“ „Würde bestimmt nicht an der Wahl teilnehmen“ = NICHTWÄHLER
² Einstufung laut Antwort auf die Frage „Wie werden Sie in Zukunft bei Krankheit, im Alter und bei Arbeitslosigkeit gesichert sein?“
 Datenbasis: SoWi-Bus 1996

nicht abgeben. In dieser Zunahme des Nichtwähleranteils zeigt sich die Resignation derer, die offenbar keine Partei für ausreichend kompetent halten, die gegenwärtigen Probleme zu lösen.

Mit der Verunsicherung nimmt jedoch nicht nur der Anteil der Nichtwähler zu. Zwischen den vier Gruppen zeigen sich auch erhebliche Unterschiede bei den Parteipräferenzen. Gut Gesicherte bevorzugen eindeutig die Parteien der Regierungskoalition. Zusammen kämen CDU/CSU und FDP auf 68 Prozent, selbst wenn man wie hier die „Partei der Nichtwähler“ im Spektrum beläßt. SPD und Grüne würden zusammen nur von 27 Prozent der gut Gesicherten gewählt. Für die anderen Parteien, PDS, Republikaner, ÖDP etc., würden sich insgesamt weniger als 1 Prozent interessieren. Ganz anders sieht es bei den schlecht Gesicherten aus. Von ihnen würden nur 24 Prozent ihre Stimme den Regierungsparteien geben. SPD und Grüne würden von 44 Prozent gewählt, und 7 Prozent würden ihre Stimme anderen Parteien geben.

Kurzum: Die Frage der erwarteten Absicherung kritischer Lebensereignisse spaltet die Wählerschaft. Damit ist klar, daß die Reform des Systems der sozialen Sicherung ein Top-Thema für den kommenden Bundestagswahlkampf wird. Die Gefahr ist groß, daß die Diskussion dann vollends parteitaktischen Zwängen unterworfen wird. Konsensfähige Lösungsansätze würden dann immer unwahrscheinlicher werden, und der Reformstau würde sich vor 1998 nicht auflösen.

Schlechtere Noten für das Sozialsystem

Die Bewertung zentraler Komponenten des Gesellschaftssystems würde unter diesen Umständen vermutlich noch schlechter ausfallen als heute (vgl. Graphik 2). Bereits jetzt beurteilen die Befragten das gegenwärtige soziale System deutlich schlechter als das vor fünf Jahren. Auf einer Skala von -10 bis +10 bewerten gut Gesicherte das frühere Sozialsystem im Durchschnitt mit +8, das heutige Sozialsystem schätzen sie dagegen nur noch mit dem Wert +5,5 ein. Schlecht Gesicherte beurteilen das frühere Sozialsystem mit ca. +6 und das heutige System mit -1,5. Sie ziehen im direkten Vergleich demzufolge mehr als sieben Skaleneinheiten ab. Für die nächsten Jahre ist nach Einschätzung der Befragten keine Besserung in Sicht. Im Gegenteil, alle vier Gruppen bewerten das zukünftige soziale System im Vergleich zu heute noch einmal um ca. zwei Skaleneinheiten schlechter. Die geringere Bewertung des gegenwärtigen Sozialsystems im Vergleich zu früher ist nicht so sehr verwunderlich. Erstaunlich ist vielmehr, um wieviel schlechter die Bewertung des heutigen Sozialsystems ausfällt. Hier hat ein Erdbeben der Beurteilungen stattgefunden, und zwar, bevor das System grundlegend verändert wurde.

Bemerkenswert ist auch, daß selbst das heutige Wirtschaftssystem viel schlechter bewertet wird als das vor fünf Jahren. Die gut Gesicherten nehmen Abstriche von durchschnittlich zwei Skaleneinheiten vor, die schlecht Gesicherten bewerten es um vier Skaleneinheiten schlechter. Die zukünftige Entwicklung des Wirtschaftssystems schätzen die vier Gruppen

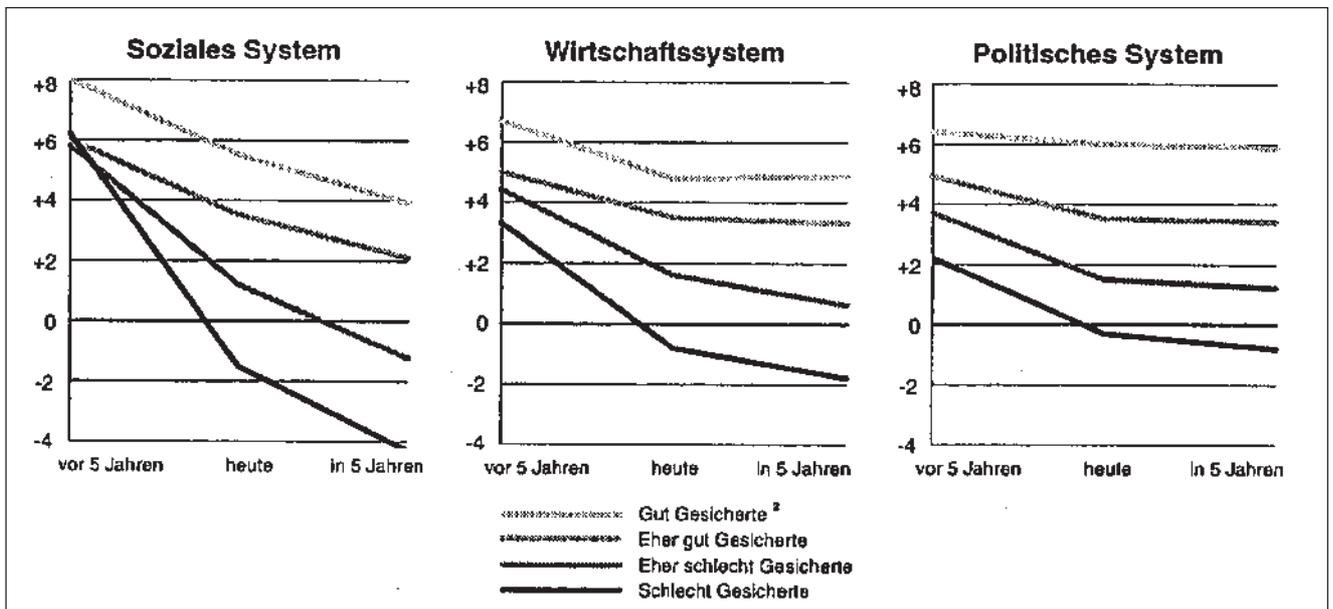
unterschiedlich ein. Die gut Gesicherten rechnen mit einer Konsolidierung auf niedrigerem Niveau - aber immer noch im positiven Bereich. Die schlecht Gesicherten sehen das zukünftige Wirtschaftssystem noch schlechter als das heutige - und damit im negativen Bereich. Ganz ähnlich, wenn auch nicht so drastisch, fallen die Bewertungen des politischen Systems aus. Es mag vorerst beruhigen, daß die Befragten das politische System und die Parteien offensichtlich nicht in eins setzen. Doch mit jedem gescheiterten Versuch der Parteien, einen Konsens zu finden, nimmt die Enttäuschung zu. Aus diesem Grunde ist bei der Bewertung des politischen Systems eher noch mit weiteren Verschlechterungen zu rechnen.

Lebenszufriedenheit sinkt

Die Erwartung, in Zukunft bei Krankheit, im Alter und bei Arbeitslosigkeit schlecht gesichert zu sein, ist auch für das subjektive Wohlbefinden der Betroffenen nicht folgenlos. Die Beeinträchtigung der allgemeinen Lebenszufriedenheit ist sehr deutlich zu erkennen (vgl. Graphik 3). Gut Gesicherte sind nahezu ohne Ausnahme zufrieden mit ihrem Leben, mehr als die Hälfte ist sogar sehr zufrieden mit ihrem Leben. Bei den schlecht Gesicherten sind es dagegen nur 26 Prozent, die sehr zufrieden sind. Ein relativ großer Anteil dieser Gruppe ist mit ihrem Leben sehr unzufrieden.

Vergleicht man die gegenwärtige Lebenszufriedenheit mit der in fünf Jahren erwarteten Lebenszufriedenheit, dann erhält man ein Maß für die Zukunftszuversicht. Von den gut Gesicherten erwarten 75 Prozent keine Verände-

Graphik 2: Bewertung des Sozialsystems, des Wirtschaftssystems und des politischen Systems¹ - vor 5 Jahren - heute - in 5 Jahren - nach erwarteter Absicherung von Lebensrisiken

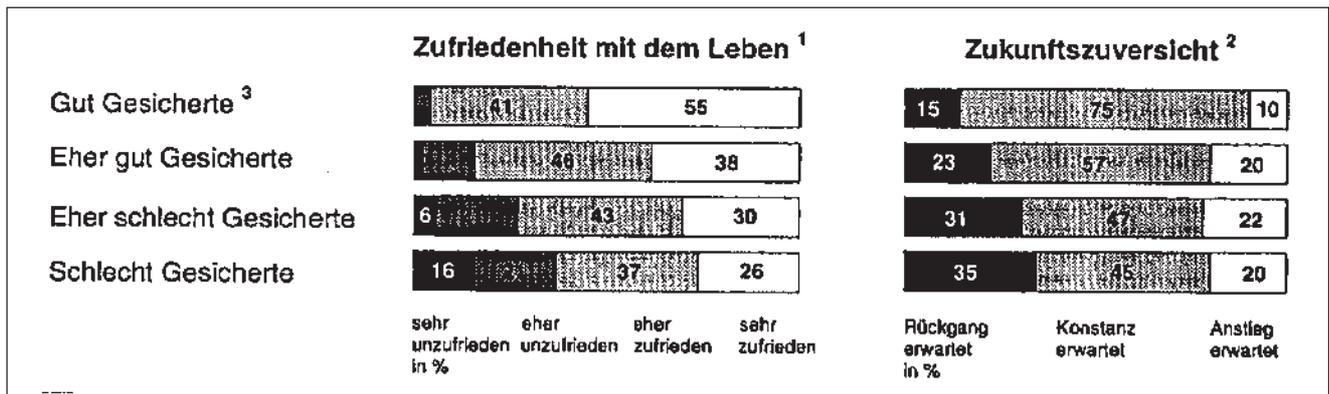


¹ Mittelwerte auf einer Skala von -10 bis +10

² Einstufung laut Antwort auf die Frage „Wie werden Sie in Zukunft bei Krankheit, im Alter und bei Arbeitslosigkeit gesichert sein?“

Datenbasis: SoWi-Bus 1996

Graphik 3: Lebenszufriedenheit und Zukunftszuversicht nach Absicherung von Lebensrisiken



¹ Bewertung auf einer Skala von 0 bis 10, 0-4 = sehr unzufrieden, 5-6 = eher unzufrieden, 7-8 = eher zufrieden, 9-10 = sehr zufrieden

² Vergleich der gegenwärtigen Lebenszufriedenheit mit der in 5 Jahren erwarteten Lebenszufriedenheit

³ Einstufung laut Antwort auf die Frage „Wie werden Sie in Zukunft bei Krankheit, im Alter und bei Arbeitslosigkeit gesichert sein?“

Datenbasis: SoWi-Bus 1996

rungen ihrer Lebenszufriedenheit. Die große Mehrheit rechnet hier also mit Stabilität auf hohem Niveau. Noch einmal 10 Prozent der gut Gesicherten erwarten einen weiteren Anstieg ihrer Lebenszufriedenheit, nur 15 Prozent rechnen mit einem Rückgang. Dagegen befürchten bei den schlecht Gesicherten 35 Prozent einen Rückgang ihrer Lebenszufriedenheit, 45 Prozent rechnen mit Konstanz auf niedrigem Niveau, und immerhin 20 Prozent hoffen auf einen Anstieg.

Ergebnisorientierte Sozialpolitik gefordert

Die vorgestellten Ergebnisse der Untersuchung mahnen die Dringlichkeit einer ergebnisorientierten Sozialpolitik an. Die politischen Parteien müssen endlich einen Konsens über die zukünftige Leistungspalette des Sozialsystems, die Leistungsniveaus und die Zugangsbedingungen aushandeln und in praktikable Reformvorhaben umsetzen. Erst auf dieser Basis können die Bürger ihren individuellen Sicherheitsmix rational auf mehr Eigenvorsorge, mehr Markt und mehr Gemeinschaft umstellen. Erst auf dieser Basis kann auch wieder das Vertrauen entstehen, in Zukunft bei Krankheit, im Alter und bei Arbeitslosigkeit gut gesichert zu sein.

1 Datenbasis: Sozialwissenschaftenbus III / 1996 mit der Grundgesamtheit: Deutschsprechende Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland im Alter von 18 Jahren an. Realisierte Stichprobengrößen: n = 3.097 Fälle, davon: n = 2.019 in den westlichen Bundesländern, n = 1.078 in den östlichen Bundesländern. Die disproportional Ost-West-Verteilung wurde mit einem Proportionalitätsfaktor entsprechend der tatsächlichen Bevölkerungsanteile korrigiert.

Thomas Bulmahn

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Tel.: 030/25491389

Indikatoren einer „nachhaltigen Entwicklung“

Workshop der Abteilung Soziale Indikatoren
Mannheim, 2. und 3. Dezember 1997

Das Konzept des „sustainable developments“ bzw. einer nachhaltigen Entwicklung definiert Ziele für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung mit weitreichenden Folgen für die Lebensweise und Lebensqualität der Bevölkerung. Während es auf der Ebene der grundlegenden Ziele einer „nachhaltigen Entwicklung“ einen breiten Konsens gibt, steht die Operationalisierung und die Messung der Zielerreichung mithilfe von geeigneten Indikatoren noch ganz am Anfang. Das betrifft auch die ökologische, aber mehr noch die ökonomischen und sozialen Dimensionen des „sustainable developments“.

Das Ziel des Workshops besteht darin, einen Überblick über den aktuellen Diskussionsstand auf diesem Gebiet zu geben, verschiedene Ansätze und Projekte der Entwicklung von Indikatoren einer „nachhaltigen Entwicklung“ vorzustellen sowie die weiteren Perspektiven der Forschung auf diesem Gebiet zu diskutieren. Vorgestellt und diskutiert werden u.a. das Indikatorensystem der UN Commission on Sustainable Development und das Pilotprojekt der Bundesregierung in diesem Rahmen, verschiedene Indikatorenkonzepte für eine nachhaltige Entwicklung auf regionaler und städtischer Ebene sowie der Ansatz des Statistischen Bundesamtes im Rahmen der Umweltökonomischen Gesamtrechnung.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Heinz-Herbert Noll (Tel.: 0621-1246-241; e-mail: noll@zuma-mannheim.de) der den Workshop organisiert und betreut.

Interessenten werden gebeten, sich bis zum 31. Oktober beim Tagungssekretariat von ZUMA anzumelden (Frau Müllner, Tel.: 0621-1246-174; e-mail: muellner@zuma-mannheim.de). Für die Teilnahme wird eine Gebühr von DM 80,- erhoben.

Starke Beeinträchtigung der Arbeitszufriedenheit durch Konflikte mit Vorgesetzten

- Eine Längsschnittanalyse der Arbeitszufriedenheit auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels -

Die Arbeitszufriedenheit gehört zu den klassischen subjektiven Indikatoren, an denen das Verhältnis der Erwerbstätigen zu ihrer Arbeit und die „Qualität des Arbeitslebens“ gemessen wird. In der Arbeitszufriedenheit kommt zum Ausdruck, wie der Arbeitsplatz in seiner Gesamtheit oder wie einzelne Arbeitsplatz- und Tätigkeitsmerkmale vor dem Hintergrund persönlicher Ansprüche und Erwartungen von den Beschäftigten subjektiv wahrgenommen und bewertet werden. Nachdem in den achtziger Jahren die These einer dramatisch sinkenden Arbeitszufriedenheit große Aufmerksamkeit gefunden und lebhafte Debatten ausgelöst hatte, ist die Diskussion über die Entwicklung und die Bestimmungsgrößen der Arbeitszufriedenheit mittlerweile weitgehend verstummt. Angesichts einer sich auf Rekordhöhen bewegenden Arbeitslosigkeit und der anhaltenden Diskussion über internationale Wettbewerbsfähigkeit, Kostendruck, Personalabbau und „shareholder value“ muten Fragen nach der persönlichen Erfüllung in der Arbeit, der Qualität des Arbeitslebens und des subjektiven Wohlbefindens der Beschäftigten am Arbeitsplatz mindestens nachrangig, wenn nicht gar „nostalgisch“ an. Andererseits ist immer wieder nachdrücklich auf die Bedeutung der Arbeitszufriedenheit für die Produktivität der Arbeit und das Arbeitsmarktverhalten hingewiesen worden, und es gibt kaum Gründe anzunehmen, daß das Bedürfnis der Beschäftigten nach einer befriedigenden Arbeit abgenommen hätte.

und Teilzeitbeschäftigte, Deutsche und Ausländer - lagen die Werte 1995 unter denen von 1984. Bei vollzeitbeschäftigten deutschen Männern z.B. nahm die auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) gemessene Arbeitszufriedenheit von einem Durchschnittswert von 7,8 im Jahre 1984 auf 7,1 im Jahre 1995 ab. In ähnlichen Größenordnungen bewegen sich auch die Veränderungen bei anderen Personengruppen. Auch für Ostdeutschland ist im Vergleich zu 1990 - dem ersten Jahr, für das Daten in den neuen Bundesländern vorliegen - ein leichter Rückgang der Arbeitszufriedenheit zu beobachten².

Während die Arbeitszufriedenheit auf der Aggregatenebene im Zeitablauf nur vergleichsweise geringe Veränderungen aufweist, ist auf der individuellen Ebene zwischen zwei Erhebungszeitpunkten eine beachtliche Variabilität zu beobachten: Lediglich 30 Prozent aller Befragten gaben 1995 einen mit dem Vorjahr identischen Wert an, bei 35 Prozent ging die Veränderung über einen Skalenpunkt hinaus. Mit weitergehenden methodischen Verfahren läßt sich dabei nachweisen, daß die Arbeitszufriedenheit auf der Individualebene eine auch über längere Zeiträume weitgehend stabile Komponente aufweist, die jedoch von aktuellen und variablen situationsbezogenen Faktoren überlagert wird.

Geringe Bedeutung soziodemographischer Merkmale

Bei näherer Betrachtung der aktuellen Arbeitszufriedenheit der Erwerbstätigen im Jahre 1995 werden die aus früheren Studien bekannten soziodemographischen Zusammenhänge und Muster in der Verteilung der Arbeitszufriedenheit durch die vorliegenden Daten nur teilweise bestätigt³ (Tabelle 2). Generell sind die Zufriedenheitsdifferenzen zwischen den

Die empirischen Analysen der Arbeitszufriedenheit, über die dieser Beitrag berichtet, stützen sich auf die Daten des Sozio-oekonomischen Panels¹. Diese Datenbasis ist für eine detaillierte Analyse der Arbeitszufriedenheit aus verschiedenen Gründen besonders geeignet. Wie kaum ein anderer Datensatz ermöglicht das Sozio-oekonomische Panel, die subjektive Beurteilung der Arbeitszufriedenheit mit soziodemographischen Merkmalen des Befragten, aber vor allem auch mit objektiven Merkmalen der Berufsposition und des Arbeitsplatzes sowie anderen persönlichen Einstellungen und Perzeptionen in Verbindung zu bringen. Darüber hinaus bietet das Sozio-oekonomische Panel aber insbesondere die Möglichkeit, die Arbeitszufriedenheit im Längsschnitt zu analysieren. Repräsentative Längsschnittanalysen der Arbeitszufriedenheit sind in Deutschland bisher noch kaum durchgeführt worden. Dabei können Hypothesen zur Genese sowie insbesondere auch zu den Handlungskonsequenzen der Arbeitszufriedenheit z.T. nur auf der Basis longitudinaler Untersuchungen angemessen empirisch überprüft werden. Ob und unter welchen Umständen z.B. eine Einkommensverbesserung die Zufriedenheit mit der Arbeit erhöht und inwiefern eine niedrige Arbeitszufriedenheit sich in einer erhöhten Wahrscheinlichkeit eines Stellenwechsels niederschlägt, kann letztlich nur im Rahmen einer Längsschnittbetrachtung festgestellt werden.

Leichter Rückgang der Arbeitszufriedenheit im Zeitverlauf

Betrachtet man zunächst die Entwicklung über die Zeit, so zeigt sich für den Zeitraum zwischen 1984 und 1995 in Westdeutschland in der Tendenz ein leichter Rückgang der Arbeitszufriedenheit (Tabelle 1). Für fast alle Beschäftigtengruppen - Männer und Frauen, Vollzeit-

Tabelle 1: Arbeitszufriedenheit¹ von deutschen Erwerbstätigen

| | West | | | | Ost | | | |
|------|--------|---------------------------------|--------------------|---------------------------------|--------|--------------------|--------------------|--------------------|
| | Gesamt | Männer Vollzeit ² | Frauen Vollzeit | Frauen Teilzeit ³ | Gesamt | Männer Vollzeit | Frauen Vollzeit | Frauen Teilzeit |
| | Ø | | | | | | | |
| 1984 | 7,7 | 7,8 | 7,7 | 7,7 | | | | |
| 1985 | 7,6 | 7,6 | 7,6 | 7,6 | | | | |
| 1986 | 7,4 | 7,5 | 7,3 | 7,3 | | | | |
| 1987 | 7,5 | 7,5 | 7,3 | 7,5 | | | | |
| 1988 | 7,3 | 7,3 | 7,3 | 7,2 | | | | |
| 1989 | 7,3 | 7,3 | 7,2 | 7,2 | | | | |
| 1990 | 7,3 | 7,3 | 7,2 | 7,2 | 7,2 | 7,2 | 7,2 | 7,0 |
| 1991 | 7,3 | 7,2 | 7,3 | 7,3 | 6,6 | 6,7 | 6,6 | 6,1 |
| 1992 | 7,4 | 7,5 | 7,4 | 7,4 | 6,8 | 6,8 | 6,7 | 6,7 |
| 1993 | 7,1 | 7,1 | 7,1 | 7,2 | 6,8 | 6,8 | 6,8 | 6,4 |
| 1994 | 7,1 | 7,1 | 7,1 | 7,0 | 6,8 | 6,8 | 6,7 | 6,7 |
| 1995 | 7,0 | 7,1 | 6,9 | 7,2 | 6,8 | 6,8 | 6,8 | 6,3 |

¹ Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden)

² wöchentliche Arbeitszeit > 35 Std.

³ wöchentliche Arbeitszeit 15 - 34,5 Std.

Tabelle 2: Arbeitszufriedenheit¹ nach sozio-demographischen Merkmalen 1995

| | Westdeutschland | Ostdeutschland |
|-------------------------------|-----------------|----------------|
| | Ø | |
| Altersgruppen | | |
| 16 - 24 Jahre | 7,2 | 7,3 |
| 25 - 34 Jahre | 7,1 | 6,9 |
| 35 - 49 Jahre | 7,0 | 6,8 |
| 50 - 65 Jahre | 7,0 | 6,4 |
| Nationalität | | |
| Deutsche | 7,0 | – |
| Ausländer | 7,0 | – |
| Schulabschluß | | |
| Hauptschulabschluß | 7,0 | 6,6 |
| Realschulabschluß | 7,2 | 6,8 |
| Fachhochschulreife | 6,9 | (7,3) |
| Abitur | 6,9 | 7,0 |
| anderer Abschluß | 7,1 | (6,2) |
| kein Abschluß | 7,3 | (7,1) |
| Berufliche Stellung | | |
| un-angelernte Arbeiter | 6,8 | 6,3 |
| qualifizierte Arbeiter | 7,0 | 6,7 |
| Selbständige | 7,2 | 6,9 |
| Auszubildende/Praktikanten | 7,4 | 7,2 |
| Meister | 7,4 | 7,0 |
| einfache/mittlere Angestellte | 7,0 | 6,8 |
| gehobene/höhere Angestellte | 7,2 | 7,0 |
| einfache/mittlere Beamte | 6,8 | (7,8) |
| gehobene/höhere Beamte | 7,1 | (7,6) |

() Fallzahl < 30

¹ Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden)

Datenbasis: Das Sozio-oekonomische Panel

heitszustand als sehr gut bezeichnen, sich im Durchschnitt bei 8,3 auf der Skala der Arbeitszufriedenheit einstufen, weisen diejenigen, die ihren Gesundheitszustand als weniger gut oder schlecht beschreiben, einen Zufriedenheitswert von lediglich 5,7 auf. Wenngleich grundsätzlich nicht auszuschließen ist, daß eine anhaltende Unzufriedenheit mit der Arbeit negative Auswirkungen auf den Gesundheitszustand haben kann⁵, gehen wir doch eher von einem umgekehrten Kausalzusammenhang aus. Dafür spricht u.a. auch die Tatsache, daß ein Zusammenhang mit dem Alter - aufgrund der mit zunehmendem Alter in der Regel nachlassenden Gesundheit - dann nicht mehr nachgewiesen werden kann, wenn der Gesundheitszustand kontrolliert wird.

Einkommen für Arbeitszufriedenheit wenig relevant

Untersucht man, welche Bedeutung Merkmalen des Arbeitsverhältnisses als Determinante der Arbeitszufriedenheit zukommt, so zeigt sich zunächst ein nicht sehr starker, aber doch signifikanter Einfluß der Stellung im Beruf. Erwerbstätige in Arbeiterpositionen - insbesondere un- und angelernte Arbeiter - sowie in Westdeutschland auch einfache und mittlere Beamte weisen eine unterdurchschnittliche, Erwerbstätige in gehobenen und höheren Angestellten- und Beamtenpositionen weisen eine deutlich überdurchschnittliche Arbeitszufriedenheit auf (Tabelle 2). Eine gewisse Rolle spielt offenbar auch, ob es sich bei dem Arbeitsverhältnis um eine Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung handelt. Während bei den Männern Vollzeitbeschäftigte mit ihrer Arbeit zufriedener sind als Teilzeitbeschäftigte, ist es bei den westdeutschen Frauen gerade umge-

nach soziodemographischen Merkmalen unterschiedenen Gruppen von Erwerbstätigen bemerkenswert gering: Frauen sind - abweichend von früheren Befunden - mit ihrer Arbeit nicht weniger zufrieden als Männer und Ausländer nicht weniger als Deutsche. Auch die Zufriedenheitsdifferenzen zwischen Erwerbstätigen mit unterschiedlichen Schulabschlüssen sind denkbar klein. Einzig berufstätige Frauen mit Abitur oder einem Hochschulabschluß weichen hier - wohl aufgrund von den im beruflichen Alltag z.T. enttäuschten hohen Erwartungen und Ansprüchen - in bemerkenswertem Maße negativ vom Durchschnitt ab. Eine mit dem Alter linear steigende oder u-förmig zusammenhängende Arbeitszufriedenheit - wie in der Literatur auf der Basis früherer Forschungsergebnisse häufig beschrieben⁴ - wird von den aktuellen Daten für Deutschland nicht bestätigt. Vielmehr zeigt sich hier sogar eine mit zunehmendem Alter leicht - in Ostdeutschland sogar deutlich - abnehmende Zufriedenheit mit der Arbeit.

Arbeitszufriedenheit ist um so niedriger, je schlechter der Gesundheitszustand beurteilt wird

Viel stärker als alle anderen bisher genannten persönlichen Merkmale der Beschäftigten wirkt sich ihr Gesundheitszustand auf die Beurteilung der Arbeitszufriedenheit aus. Die Arbeitszufriedenheit ist um so niedriger, je

schlechter der eigene Gesundheitszustand eingeschätzt wird (Tabelle 3). Während z.B. westdeutsche Erwerbstätige, die ihren Gesund-

Tabelle 3: Arbeitszufriedenheit¹ nach Gesundheit, Arbeitsorientierung und Arbeitsmarktchancen 1995

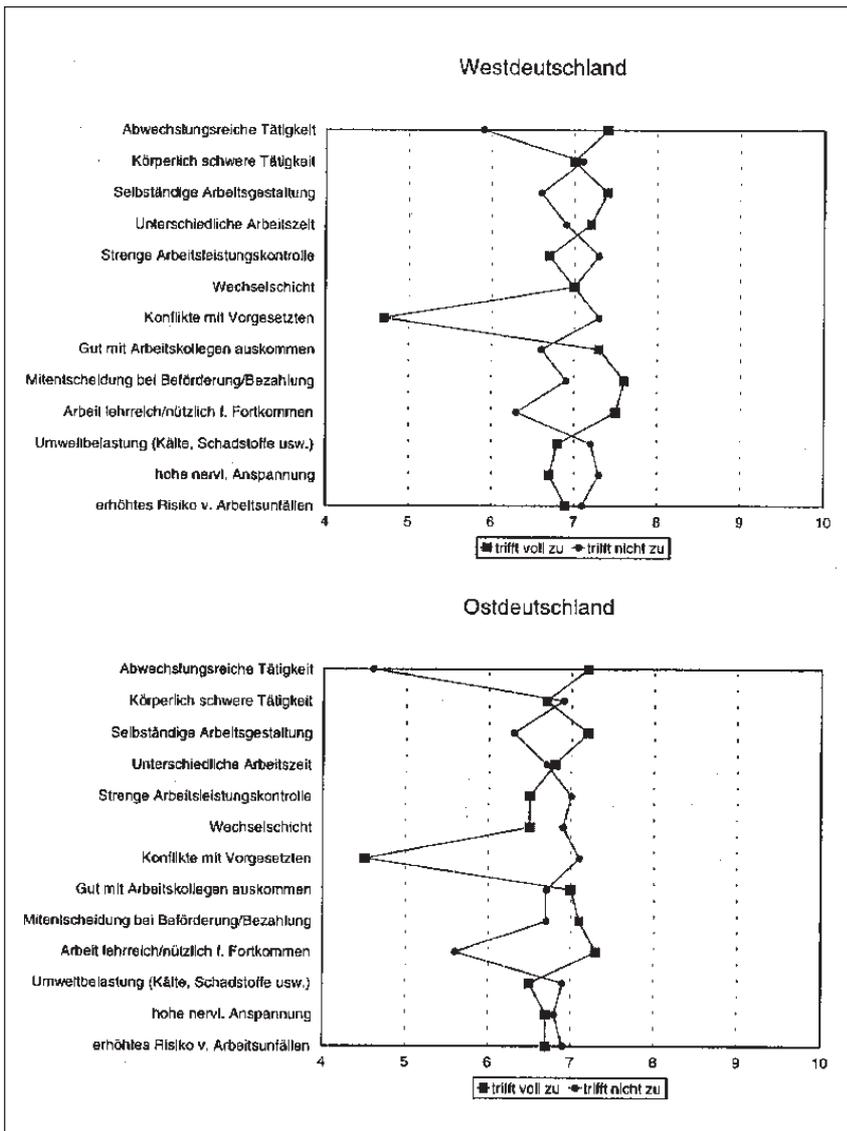
| | Westdeutschland | Ostdeutschland |
|--|-----------------|----------------|
| | Ø | |
| Gegenwärtiger Gesundheitszustand | | |
| sehr gut | 8,3 | 7,9 |
| gut | 7,3 | 7,2 |
| zufriedenstellend | 6,7 | 6,3 |
| weniger gut/schlecht | 5,7 | 5,4 |
| Vollendung von Arbeiten trotz Dienstschluß | | |
| ganz sicher | 7,3 | 7,1 |
| wahrscheinlich | 7,0 | 6,7 |
| eher unwahrscheinlich | 6,8 | 5,9 |
| sicher nicht | 6,5 | 6,4 |
| Chance neue Stelle zu finden | | |
| leicht | 7,3 | 7,2 |
| schwierig | 7,1 | 6,8 |
| praktisch unmöglich | 6,6 | 6,4 |
| Sorge um die Sicherheit des Arbeitsplatzes | | |
| große Sorgen | 6,0 | 6,2 |
| einige Sorgen | 6,8 | 6,7 |
| keine Sorgen | 7,0 | 7,4 |

() Fallzahl < 30

¹ Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden)

Datenbasis: Das Sozio-oekonomische Panel

Graphik 1: Arbeitszufriedenheit¹ nach Arbeitsplatzmerkmalen² 1995



¹ Mittelwert auf Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden).

² Fragetext: Wir wüßten gerne Genaueres über ihre Arbeit und Arbeitsbedingungen an Ihrem Arbeitsplatz. Bitte geben Sie für die folgenden Fragen jeweils an, ob das für Ihre Arbeit voll zutrifft, teilweise zutrifft oder gar nicht zutrifft.

Datenbasis: Das Sozio-oekonomische Panel

kehrt. In den neuen Bundesländern, wo das Modell der vollberufstätigen Frau wesentlich populärer ist als in Westdeutschland, sind teilzeitbeschäftigte Frauen mit ihrer Arbeit dagegen weniger zufrieden als vollzeitbeschäftigte.

Der Befund, daß das zu einem bestimmten Zeitpunkt bezogene Arbeitseinkommen so gut wie keinen Einfluß auf die Arbeitszufriedenheit hat, bestätigt die Ergebnisse anderer Studien. Auch eine Einkommensverbesserung gegenüber dem Vorjahr wirkt sich kaum auf die Arbeitszufriedenheit aus.

Drastischer Rückgang der Arbeitszufriedenheit bei Konflikten mit dem Vorgesetzten

Weitreichende Konsequenzen für die Zufriedenheit mit der Arbeit ergeben sich auch aus den konkreten Tätigkeitsmerkmalen und Be-

dingungen an den jeweiligen Arbeitsplätzen. Dabei zeigt sich, daß es weniger die Belastungsfaktoren und äußeren Arbeitsplatzmerkmale, wie z.B. körperliche Schwere der Arbeit, Schichtarbeit, Umweltbelastung oder Unfallrisiko, sind, die sich auf die Arbeitszufriedenheit auswirken, als Merkmale des Arbeitsinhalts und der „human relations“. Unter den insgesamt dreizehn von den Befragten perzipierten und bewerteten Arbeitsplatzmerkmalen sind für die Arbeitszufriedenheit zwei von herausragender Bedeutung: das Verhältnis zu Vorgesetzten und die Variabilität der Tätigkeit (Graphik 1). In Ostdeutschland stärker und etwas schwächer in Westdeutschland kommt als dritter Faktor noch hinzu, ob die Arbeit als „lehrreich“ bzw. für das berufliche Fortkommen als nützlich angesehen wird. Als Bestimmungsfaktor der Arbeitszufriedenheit in Ost- und West gleichermaßen dominierend sind jedoch Konflikte mit Vorgesetzten. Für Befrag-

te, die ihr Verhältnis zu Vorgesetzten als stark konfliktbestimmt wahrnehmen, reduziert sich die Arbeitszufriedenheit im Durchschnitt drastisch auf einen Wert von 4,7 in Westdeutschland (Ostdeutschland 4,5) gegenüber 7,3 (Ostdeutschland 7,1) bei Befragten, die keine Konflikte mit Vorgesetzten angeben. Bemerkenswert sind auch die Unterschiede in der Arbeitszufriedenheit zwischen Erwerbstätigen, die ihre Tätigkeit uneingeschränkt als abwechslungsreich ansehen mit 7,4 in Westdeutschland (Ostdeutschland 7,2) und Erwerbstätigen, für die das nicht zutrifft mit 5,9 (Ostdeutschland 4,6).

Deutlich beeinflusst wird die Arbeitszufriedenheit zudem von der Beurteilung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes sowie von der subjektiven Einschätzung der persönlichen Chancen, bei Verlust des Arbeitsplatzes wieder eine gleichwertige Stelle zu finden (Tabelle 3). Erwerbstätige, die sich große Sorgen um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes machen, sind mit ihrer Arbeit erwartungsgemäß wesentlich weniger zufrieden als Erwerbstätige, die sich darum keine Sorgen machen. Zu der Frage, ob und wie sich die subjektive Einschätzung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt auf die Arbeitszufriedenheit auswirkt, liegen unterschiedliche Hypothesen vor. In der Literatur findet sich sowohl die Vermutung, daß die Arbeitszufriedenheit positiv von der Einschätzung der Arbeitsmarktchancen beeinflusst wird, als auch die Annahme eines negativen Zusammenhangs. Dabei wird angenommen, daß die als gering antizipierten Chancen sich durch einen Stellenwechsel verbessern zu können, dazu führen, daß der gegenwärtige Arbeitsplatz positiver wahrgenommen und bewertet wird. In der Psychologie wird ein derartiger Zusammenhang als ein Mechanismus der Reduktion kognitiver Dissonanz interpretiert. Die vorliegenden Daten sprechen allerdings kaum für die Wirksamkeit eines entsprechenden Mechanismus. Vielmehr zeigt sich hier ein ausgeprägter positiver Zusammenhang in der Weise, daß Erwerbstätige mit ihrer Arbeit umso zufriedener sind, je positiver sie ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt beurteilen. Die Chance der Wahrnehmung von Optionen auf dem Arbeitsmarkt bedeutet nicht zuletzt auch, sich in einer beruflichen Position plazieren zu können, die den individuellen Ansprüchen und Erwartungen weitgehend entspricht.

Intrinsisch motivierte Mitarbeiter zufriedener oder zufriedene Mitarbeiter leistungsbereiter?

Als eine bilanzierende Beurteilung der Arbeitssituation, in die individuelle Ansprüche und Erwartungen als Bewertungsstandards eingehen, hängt das Ausmaß der Zufriedenheit mit der Arbeit schließlich auch von der allgemeinen Einstellung und Haltung der Erwerbstätigen zu ihrer Berufstätigkeit ab. Verwendet man die Beantwortung der Frage „Würden Sie eine begonnene Aufgabe nach der regulären Arbeitszeit zu Ende führen, auch wenn das noch eine Stunde dauert und nicht als Überstunde

bezahlt würde?“ als Indikator für eine eher „instrumentelle“ oder eher intrinsisch motivierte Einstellung zur Arbeit, so zeigt sich, daß Erwerbstätige, die ihre Arbeit eher instrumentell definieren, im Durchschnitt mit ihrer Arbeit weniger zufrieden sind als „aufgabenorientierte“ bzw. eher intrinsisch motivierte. Der Befund, daß Befragte, die angeben, die begonnene Aufgabe „ganz sicher“ zu Ende zu führen, mit einem Wert von 7,3 (Ost: 7,1) deutlich zufriedener sind als Befragte, die angeben, das „ganz sicher nicht“ zu tun (West 6,5; Ost 6,4), läßt sich aber wohl auch umkehren und als eine klare empirische Bestätigung dafür deuten, daß zufriedene Mitarbeiter leistungsbereiter sind als weniger zufriedene.

Zufriedenheitsgewinne bei gezielter Stellensuche

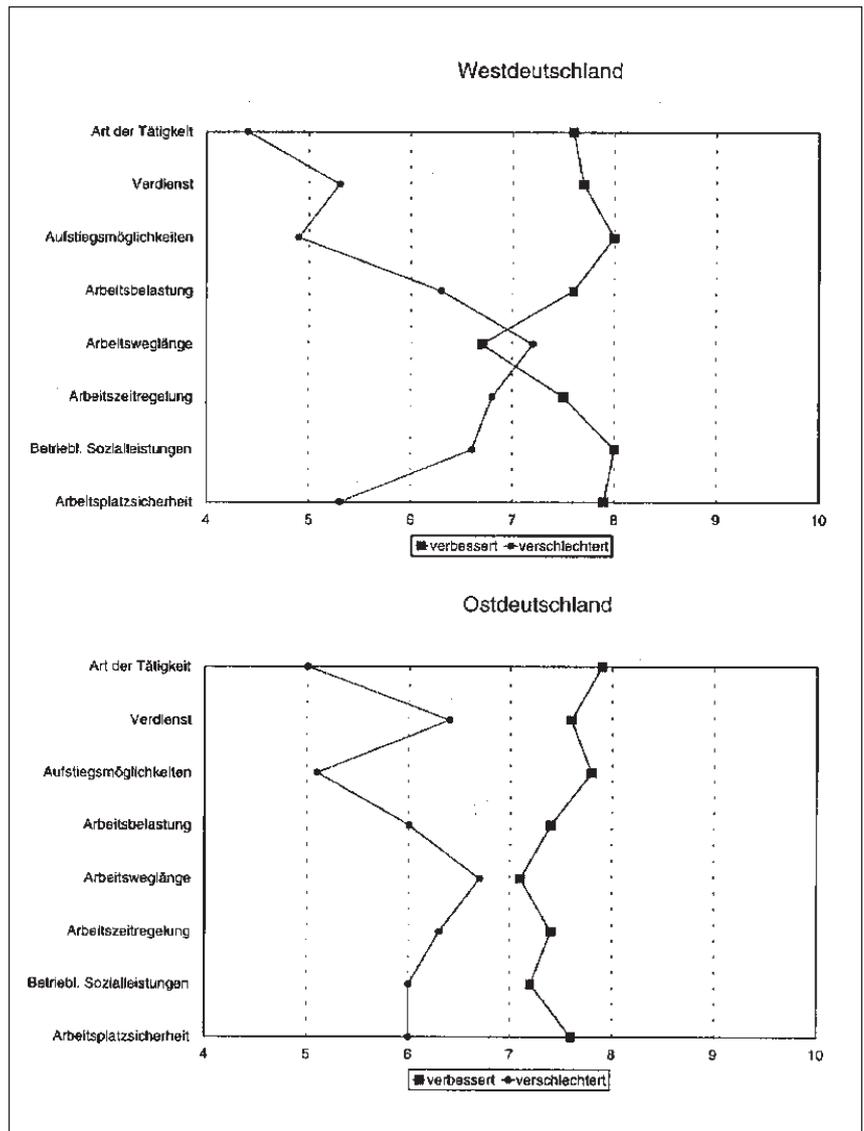
Neben der Frage, wie die Arbeitszufriedenheit durch Merkmale der Befragten und des aktuellen Arbeitsplatzes beeinflusst wird, sind vor allem auch die Auswirkungen von beruflichen Veränderungen und Mobilitätsprozessen von Interesse. Für die Untersuchung entsprechender Effekte greifen wir die Gruppe von Erwerbstätigen heraus, die in dem Zeitraum seit Beginn des Jahres 1994 und dem Befragungszeitpunkt ihre Stelle gewechselt haben und betrachten deren Arbeitszufriedenheit in Abhängigkeit von Angaben zur Verbesserung oder Verschlechterung im Hinblick auf einzelne Dimensionen der neuen Beschäftigung im Vergleich zur früheren.

Für Erwerbstätige, die 1994 und 1995 beim selben Arbeitgeber beschäftigt waren, hat sich das Zufriedenheitsniveau zwischen den Beobachtungszeitpunkten kaum verändert. Anders verhält es sich bei Stellenwechslern, wobei hier danach zu unterscheiden ist, ob dem Stellenwechsel eine aktive Suche auf dem Arbeitsmarkt vorausging oder nicht. Erwerbstätige, die nach einer aktiven Suche den Arbeitgeber gewechselt haben, zeichnen sich - vor allem in Ostdeutschland - durch ein ausgesprochen niedriges Niveau der Arbeitszufriedenheit vor dem Wechsel und einen ausgeprägten Anstieg der Zufriedenheit nach dem Wechsel aus. Im Durchschnitt liegt die Arbeitszufriedenheit nach dem Wechsel in den alten Bundesländern um 0,2 Skaleneinheiten und in den neuen Bundesländern um einen gesamten Skaleneinheit höher als vor dem Wechsel, der sich damit als ausgesprochen lohnend erweist. Anders verhält es sich bei Erwerbstätigen, die ihre neue Stelle ohne aktive Suche gefunden haben. Hier sind mit dem Arbeitgeberwechsel keine signifikanten Veränderungen der Arbeitszufriedenheit verbunden, aber das Zufriedenheitsniveau liegt vor und nach dem Wechsel deutlich über dem Durchschnitt.

Veränderungen in den Tätigkeitsmerkmalen und Arbeitsbedingungen mit erheblichen Auswirkungen auf die Arbeitszufriedenheit

Der Vergleich zwischen dem früheren und dem aktuellen Arbeitsplatz macht deutlich, welche

Graphik 2: Arbeitszufriedenheit¹ nach Art von beruflichen Veränderungen² 1995



¹ Mittelwert auf Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden).
² Fragetext nur für Personen mit Stellenwechsel: Wie beurteilen Sie Ihre heutige Stelle im Vergleich zur letzten? In welchen Punkten haben Sie sich verbessert, welche sind in etwa gleichwertig und in welchen haben Sie sich eher verschlechtert?

Datenbasis: Das Sozio-oekonomische Panel

aus einem Stellenwechsel resultierenden Veränderungen in den Tätigkeitsmerkmalen und Arbeitsbedingungen die größten Effekte auf die Arbeitszufriedenheit haben (Graphik 2). So gut wie keine Auswirkungen haben Veränderungen des Arbeitsweges und der Arbeitszeitregelung - hier werden bei einem Stellenwechsel offenbar z.T. auch Verschlechterungen ohne nennenswerte Beeinträchtigung der Arbeitszufriedenheit in Kauf genommen. Die stärksten Effekte auf die Arbeitszufriedenheit ergeben sich dann, wenn die Befragten Verbesserungen oder Verschlechterungen in der Art der Tätigkeit, den Aufstiegschancen, der Sicherheit des Arbeitsplatzes oder des Verdienstes wahrnehmen. Dabei wirken sich Verschlechterungen in der Regel stärker aus als Verbesserungen. Bei Stellenwechslern, die z. B. eine Verbesserung ihrer Aufstiegschancen wahrnehmen, liegt die Arbeitszufriedenheit um etwa 0,8 Skaleneinheiten über dem Durch-

schnitt dieses Personenkreises, bei denjenigen, die eine Verschlechterung wahrnehmen jedoch um 1,5 Skaleneinheiten darunter.

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich aus diesen Befunden für die Erklärung der Arbeitszufriedenheit? Wovon hängt es in erster Linie ab, ob Erwerbstätige mit ihrer Arbeit mehr oder weniger zufrieden sind? Auf der Basis multipler Regressionsanalysen kommen wir zu dem Ergebnis, daß von den verschiedenen, gleichzeitig in die Analyse einbezogenen Einflußfaktoren in Westdeutschland von der Beurteilung des eigenen Gesundheitszustandes, den Konflikten mit Vorgesetzten sowie - im Falle eines Wechsels - der Wahrnehmung einer Verschlechterung der Arbeitsplatzsicherheit die stärksten Einflüsse ausgehen. In Ostdeutschland sind die Gewichte geringfügig anders verteilt. Hier erweisen sich die Variabilität der Tätigkeit, die Konflikte mit dem

Vorgesetzten und die Einschätzung des Gesundheitszustandes als die einflußreichsten Determinanten. In der Zusammenschau aller Einflußfaktoren kommt den übrigen Variablen für die Erklärung der Arbeitszufriedenheit zu einem bestimmten Zeitpunkt nur eine untergeordnete Bedeutung zu.

Arbeitszufriedenheit: Konsequenzen für Verhalten im Betrieb und auf dem Arbeitsmarkt

Als eine Dimension der individuellen Wohlfahrt und der „Qualität des Arbeitslebens“ ist Arbeitszufriedenheit einerseits eine Zielgröße von eigenem Wert, die von den Erwerbstätigen selbst, aber häufig auch von den Betrieben und Arbeitgebern angestrebt wird. Darüber hinaus ist die Arbeitszufriedenheit unter instrumentellen Gesichtspunkten jedoch auch als eine subjektive Befindlichkeit von Interesse, die das Verhalten der Erwerbstätigen am Arbeitsplatz, im Betrieb und auf dem Arbeitsmarkt maßgeblich beeinflussen kann. Hierzu sind vor allem im Kontext einer betriebswirtschaftlich orientierten Arbeitswissenschaft und -psychologie Hypothesen z.B. über Zusammenhänge zwischen Arbeitszufriedenheit, Arbeitsmotivation und Produktivität entwickelt worden. Wir konzentrieren uns an dieser Stelle auf drei potentielle Verhaltenskonsequenzen und werden empirisch prüfen, inwieweit die Häufigkeit von Fehlzeiten sowie die Wahrscheinlichkeit eines beabsichtigten Stellenwechsels oder eines faktischen Arbeitgeberwechsels mit dem Ausmaß der Arbeitszufriedenheit zusammenhängen.

Kein Zusammenhang mit Fehlzeiten

Die Frage, ob die Häufigkeit von Fehlzeiten, die ja vielfach auch als Ausdruck einer „inneren Kündigung“ von Arbeitnehmern interpretiert werden, mit sinkender Arbeitszufriedenheit ansteigt, muß eher negativ beantwortet werden. Zwar zeigt sich in der bivariaten Betrachtung ein Effekt in der zu erwartenden Richtung, der jedoch nicht mehr nachweisbar ist, wenn die subjektive Beurteilung des Gesundheitszustandes des Befragten kontrolliert wird. Bei dieser Analyse wird vielmehr deutlich, daß die Häufigkeit von Fehlzeiten neben dem Gesundheitszustand - als dem stärksten Einflußfaktor - zumindest in Westdeutschland insbesondere mit der Stellung im Beruf korreliert. Vor allem un- und angelernte Arbeiter, Facharbeiter und Auszubildende weisen - so die Resultate unserer entsprechenden multivariaten Analysen - weit überdurchschnittliche, gehobene und höhere Angestellten und Beamte dagegen unterdurchschnittliche Fehlzeiten auf, auch wenn gleichzeitig Faktoren wie Alter, der subjektive Gesundheitszustand und Verdienst konstant gehalten werden.

Unzufriedenheit erhöht die Wahrscheinlichkeit eines Stellenwechsels

In einem engen Zusammenhang mit der Arbeitszufriedenheit steht dagegen die Absicht,

eines zukünftigen Stellenwechsels. Danach befragt, „wie wahrscheinlich es ist, daß Sie von sich aus innerhalb der nächsten zwei Jahre eine neue Stelle suchen“, geben in Westdeutschland 42 Prozent und in Ostdeutschland sogar 50 Prozent derjenigen, die mit ihrer Arbeit „eher unzufrieden“ (Werte 0-4 auf der Skala von 0-10) sind, „ganz sicher“ oder „wahrscheinlich“ an. Von den Hochzufriedenen (Werte 9-10 auf der Skala von 0-10) äußern dagegen nur 7 Prozent in Westdeutschland und 9 Prozent in Ostdeutschland die Absicht, mit Sicherheit oder wahrscheinlich eine neue Stelle suchen zu wollen. Die Bedeutung der Arbeitszufriedenheit als Determinante eines beabsichtigten Stellenwechsels bestätigt sich auch in der multivariaten Betrachtung, wenn andere potentielle Einflußfaktoren kontrolliert werden. Hier wird deutlich, daß die Arbeitszufriedenheit zusammen mit der subjektiven Beurteilung der Arbeitsmarktchancen und der Befürchtung den Arbeitsplatz zu verlieren zu den stärksten Prädiktoren der Veränderungsabsicht gehört.

Ob dies auch für das faktische Verhalten in der Form eines realisierten Stellen- und Arbeitgeberwechsels zutrifft, kann ebenfalls empirisch überprüft werden. Dazu wurde untersucht, welche Erklärungskraft die 1994 gemessene Arbeitszufriedenheit als Prädiktor für einen faktischen Stellenwechsel im Laufe des darauf folgenden Jahres hat. Hier zeigt sich zunächst am Beispiel der männlichen Erwerbstätigen, daß der Anteil derjenigen, die eine Stelle bei einem anderen Arbeitgeber angetreten und diese Stelle als Ergebnis einer aktiven Suche gefunden haben, bei den „eher unzufriedenen“ in Westdeutschland mit 5,2 Prozent mehr als doppelt so hoch ist wie bei den „hochzufriedenen“ mit 2,3 Prozent. In Ostdeutschland beträgt die entsprechende Relation sogar 7,3 Prozent zu 2 Prozent. Der Wert der Arbeitszufriedenheit als Prädiktor für einen Wechsel zu einem anderen Arbeitgeber bestätigt sich zudem in der multivariaten Betrachtung mithilfe eines multinomialen Logit-Modells, wobei sich dabei - wie nicht anders zu erwarten - zeigt, daß anderen Faktoren, wie z.B. den Arbeitsmarktchancen, dem Gesundheitszustand und der Sicherheit des früheren Arbeitsplatzes dabei ein noch größeres Gewicht zukommt. Immerhin läßt sich festhalten, daß die Reduktion der Arbeitszufriedenheit um einen Skaleneinheit, z.B. für westdeutsche männliche Erwerbstätige, die Chance eines Wechsels zu einem anderen Arbeitgeber um etwa 16 Prozent erhöht.

Zusammenfassend gilt, daß die Erwerbstätigen in Deutschland mit ihrer Arbeit überwiegend zufrieden sind, auch wenn über die Zeit eine abnehmende Tendenz zu beobachten ist. Daß die Unterschiede in der Arbeitszufriedenheit zwischen Ost- und Westdeutschland geringer sind als die Zufriedenheitsdifferenzen in anderen Bereichen des Lebens, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sozio-demographische Merkmale keinen nennenswerten Einfluß auf die Arbeitszufriedenheit haben.

Ein positives Verhältnis zur Arbeit und das subjektive Wohlbefinden am Arbeitsplatz, wie es in der Arbeitszufriedenheit zum Ausdruck kommt, wird in erster Linie durch die konkreten Merkmale der Berufsposition und -tätigkeit sowie durch die aus der Sicht der Erwerbstätigen erzielten Verbesserungen oder Verschlechterungen bei beruflichen Veränderungen bestimmt. Als Maßgabe des individuellen Verhaltens, aber auch als Zielgröße der Strategien und Maßnahmen von Betrieben, Interessenverbänden und der Politik kommt der Arbeitszufriedenheit auch in der gegenwärtigen durch die schwierige Arbeitsmarktlage geprägten Situation eine zentrale Bedeutung zu. Eine hohe Arbeitszufriedenheit kommt nicht nur den Erwerbstätigen selbst durch ein erhöhtes subjektives Wohlbefinden unmittelbar zugute, sondern auch den Betrieben durch eine höhere Leistungsbereitschaft und engere Betriebsbindung ihrer Mitarbeiter.

Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick, ZUMA Tel.: 0621/1246-241/245

- 1 *Das Sozio-oekonomische Panel ist eine repräsentative Längsschnitterhebung, in der seit 1984 eine Ausgangsstichprobe von rund 12000 Personen in der früheren Bundesrepublik und West-Berlin jährlich befragt wird. 1990 wurde das Sozio-oekonomische Panel durch das SOEP-Ost mit einer Ausgangsstichprobe von rund 4500 Personen ergänzt. Das Sozio-oekonomische Panel umfaßt Befragte mit deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit.*
- 2 *Methodische Analysen deuten allerdings darauf hin, daß ein vor allem nach der ersten Befragungswelle zu beobachtender Rückgang der Zufriedenheit wenigstens zum Teil auch durch einen „Paneffekt“ im Sinne eines Lerneffekts der Befragten bedingt sein könnte.*
- 3 *Vgl. u.a. Habich/Noll 1994.*
- 4 *Vgl. zuletzt Clark (1996: 197f.) für Großbritannien.*
- 5 *Vgl. zum Beispiel den Buchtitel „Macht Arbeit Krank? Macht Arbeit Glücklicher?“ (Noelle-Neumann/Strümpel 1984).*

Clark, Andrew E., 1996: Job Satisfaction in Britain. British Journal of Industrial Relations, 34, 2: June, Seite 189-217.

Habich, Roland, Noll, Heinz-Herbert, 1994: Einstellungen zur Arbeit und Arbeitszufriedenheit. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1994. Bonn, S. 489-498.

Noelle-Neumann, Elisabeth, Strümpel, Burkhard, 1984: Macht Arbeit Krank? Macht Arbeit Glücklicher? München u. Zürich.

Zeit im Blickfeld

Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamtes

Die 1991/92 durchgeführte Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamtes füllt eine Lücke in der bundesdeutschen Datenlandschaft. Mit der Publikation „Zeit im Blickfeld“, herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, liegt nun - fünf Jahre nach Durchführung der Erhebung - ein ausführlicher Bericht vor, in dem die vom Statistischen Bundesamt durchgeführte Befragung von 7.200 Haushalten unter verschiedenen Aspekten ausgewertet wurde. Dabei standen drei Ziele dieser Studie im Vordergrund: 1. für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung soll ein Satellitensystem Haushaltsproduktion aufgebaut werden, 2. die frauen- und familienpolitische Diskussion soll um konkrete Daten zur Zeitverwendung von bestimmten Bevölkerungsgruppen und Haushaltstypen bereichert werden und 3. sind methodische Besonderheiten bei der Erfassung der Zeitverwendung von Interesse.

Die Vielfalt der Lebensformen, die immer komplexer werdenden Tagesabläufe der meisten Menschen zwischen Arbeit, Freizeit, Haushalt und die zunehmenden Möglichkeiten der Zeitwendung haben immer vielfältigere Zeitverwendungsmuster zur Folge. Derartige Muster wurden nur in der vorliegenden Zeitverwendungserhebung erstmals für die Bundesrepublik erfaßt. Dabei wurde die Tagebuchmethode eingesetzt, die eine komplette Erfassung des Tagesablaufs gewährleistet und gleichzeitig zahlreiche Auswertungsmöglichkeiten offen läßt. Die Befragten führten zwei Tage lang (zufällig ausgewählt, so daß auch Wochenendtage dabei waren) Tagebuch, in dem sie alle Aktivitäten, die mehr als fünf Minuten dauerten, in eigenen Worten notierten. Es wurden keine Listen von Aktivitäten vorgegeben, sondern später erfolgte eine Vercodung nach Aktivitätsbereichen. Durch die Erfassung von Primär- und Sekundärtätigkeiten, der Orte der Tätigkeiten und der begleitenden Personen lassen sich sowohl soziale als auch räumliche Netzwerke analysieren.

Die „Highlights“ der Studie (von den Autoren selbst so genannt) sind Erkenntnisse, die vielleicht nicht völlig neu sind, die jedoch bisher noch nicht empirisch belegt werden konnten. Dazu gehört vor allem die Erfassung der bisher statistisch unsichtbaren Hausarbeit/Reproduktionsarbeit. Etwa 35 Stunden pro Woche sind Frauen im Durchschnitt mit Hausarbeit und Kinderbetreuung und ehrenamtlichen Tätigkeiten beschäftigt, Männer dagegen nur 19 Stunden. Umgekehrt sind Männer durchschnittlich 31 Stunden mit Erwerbsarbeit (incl. Wegezeit) und Frauen nur 15 Stunden mit Erwerbsarbeit beschäftigt. Somit arbeiten zwar

Männer und Frauen gleich lange, mit dem entscheidenden Unterschied, daß die finanzielle Entlohnung und die Wertschätzung der Erwerbsarbeit erfolgt, die der Reproduktionsarbeit und Hausarbeit jedoch nur sehr eingeschränkt ist. Unbezahlte Arbeit ist nach wie vor eher Frauensache, und diese geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ist bereits bei Jugendlichen zwischen 12 und 20 Jahren zu erkennen.

In „Zeit im Blickfeld“ wird das Satellitensystem Haushaltsproduktion - der Wert der unbezahlten Arbeit der privaten Haushalte - vorgestellt, ein weiteres Kapitel widmet sich der Zeit für unbezahlte Arbeit, eines der Zeit für Kinder, eines der Zeit für Pflegebedürftige in privaten Haushalten, eines der Netzwerkhil-

fe, eines der ehrenamtlichen Tätigkeiten, eines dem Thema Beruf und Familie und ein Kapitel dem Verhältnis Zeit-Freizeit heute. Eine ausführliche Beschreibung der methodischen Anlage der Zeitbudgeterhebung schließt den Band „Zeit im Blickfeld“ ab, so daß dieses Buch eine gelungene Zusammenschau der vielfältigen Auswertungsmöglichkeiten dieser Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamtes bietet. Für zentrale Fragen der Sozialberichterstattung, z.B. der innerfamiliären Arbeitsteilung, des Umfangs und der Nutzung der freien Zeit, stellt die Zeitbudgeterhebung eine wichtige Datenquelle dar.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.), Blanke, Karen, Ehling, Manfred, Schwarz, Norbert: Zeit im Blickfeld: Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgeterhebung. Stuttgart u. a.; Kohlhammer, 1996. Schriftenreihe des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 121, ISBN 3-17-014955-5, 322 S.

■ **Caroline Kramer, ZUMA**
Tel. 0621/1246-244

Institutionen und individuelle Wohlfahrt:

Perspektiven der Sozialberichterstattung und Sozialstaatsbeobachtung

Gemeinsame Tagung der Sektion Sozialindikatoren und des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung

Mannheim, 24. und 25. Oktober 1997

Die auf den 24. und 25. Oktober verschobene Tagung soll einen Beitrag dazu leisten, die vor allem auf die individuelle Wohlfahrt gerichtete Perspektive der Sozialberichterstattung stärker mit der institutionellen Perspektive einer Sozialstaatsbeobachtung zu verbinden. Die Kombination dieser beiden Betrachtungsweisen verspricht Fortschritte sowohl im Hinblick auf die Beurteilung der Effektivität wohlfahrtsstaatlicher Institutionen wie die Erklärung der individuellen Wohlfahrt. Die Tagung, die am MZES stattfinden wird, wird von Peter Flora (MZES) und Heinz-Herbert Noll (ZUMA) organisiert. Informationen über das vorläufige Tagungsprogramm entnehmen Sie bitte der Internetseite der Sektion Sozialindikatoren: <http://www.zuma-mannheim.de/data/social-indicators/sektsi/sektsi.htm>.

Bitte richten Sie Ihre Teilnahme- (spätestens bis zum 15. September 1997) und Informationswünsche an:

Dr. Heinz-Herbert Noll, ZUMA, D-68072 Mannheim, Postfach 122155 (Tel.: 0621-1246-241; Fax: 1246-100; e-mail: noll@zuma-mannheim.de)

Herausgeber

Zentrum für Umfragen, Methoden und
Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21/12 46-0
Telefax 06 21/12 46-100

Verantwortlich für den Inhalt

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion

Dr. Caroline Kramer

Satz und Druck

Verlag Pfälzische Post GmbH
Winziger Straße 30
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung

Kognito, Berlin

ZUMA ist Mitglied der Gesellschaft
Sozialwissenschaftlicher Infrastrukturan-
einrichtungen (GESIS) e.V.
Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

Datenreport 1997 erschienen

Mit der siebten Ausgabe des Datenreports - Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland - steht erneut allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie der sozialwissenschaftlichen Öffentlichkeit ein umfassender Sozialbericht zur Verfügung. Wie die früheren Ausgaben des Datenreports, so ist dieser Band eine Gemeinschaftsproduktion des Statistischen Bundesamtes, des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen in Mannheim (ZUMA) und der Bundeszentrale für politische Bildung. Er stellt somit eine gelungene Zusammenarbeit von amtlicher Statistik in Deutschland und den Sozialwissenschaften dar. Die Daten, die die amtliche Statistik liefert, werden durch Umfragedaten und Forschungsperspektiven der Sozialwissenschaften und ihre Erkenntnisse ergänzt und bereichert.

Im Vordergrund des Datenreports 1997 stehen Entwicklungen und Tendenzen der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Deutschen in Ost- und West und die Frage, inwieweit sich die Lebensverhältnisse im vereinten Deutschland in den letzten Jahren angeglichen haben oder nicht.

Der erste Teil des Datenreports mit dem Titel „Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik“ wird von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Statistischen Bundesamtes gestaltet. In den einzelnen Kapiteln wird über folgende Bereiche berichtet: Bevölkerung, Bildung, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit, Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Wohnen, Freizeit und Kultur, Gesellschaftliche Mitwirkung, Gesundheit, Soziale Sicherung, Rechtspflege, Öffentliche Haushalte, Gesamtwirtschaft im Überblick, Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Dienstleistungsbereich, Preise und Löhne, Verkehr, Energie und Rohstoffe und Umwelt. Internationale Übersichten zu einzelnen Lebensbereichen ergänzen diese Zusammenfassung.

Den zweiten Teil erstellten vor allem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung des WZB und der Abteilung Soziale Indikatoren von ZUMA, Mannheim, sowie darüber hinaus der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirt-

schaftsforschung und der Abteilung ALLBUS (ZUMA). Herausgeber dieses Teils mit dem Titel „Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden im vereinten Deutschland“ sind Roland Habich (WZB) und Heinz-Herbert Noll (ZUMA). Dieser Teil gliedert sich in vier Themenbereiche: subjektives Wohlbefinden und Einstellungen, Lebensbedingungen und ihre Bewertungen, Sozialstruktur und Bürger und Politik. Im Vordergrund dieses Teils stehen die kontinuierliche Wohlfahrtsmessung und Dauerbeobachtung des sozialen Wandels. Die Analyse der objektiven Lebensbedingungen und ihre subjektive Bewertung und Einschätzung durch die Deutschen in Ost und West stellen die zentralen Themenschwerpunkte dieses zweiten Teils dar. Auch 1997, acht Jahre nach dem Fall der Mauer zwischen Ost- und Westdeutschland, differieren die Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger noch erheblich. Aus diesem Grund stellt der innerdeutsche Vergleich in Analysen der Sozialstruktur, der Lebensbedingungen, der Einstellungen, Bewertungen und Präferenzen einen wesentlichen Schwerpunkt dar. Eine zentrale Funktion der sozialwissenschaftlichen Sozialberichterstattung besteht auch darin, Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft über die „Stimmung im Lande“, die Wahrnehmung von Problemen und die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger auf dem Laufenden zu halten.

Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens zeigen z.B. noch immer an, daß ein Wohlfahrtsgefälle zwischen West- und Ostdeutschland besteht: die durchschnittliche Lebenszufriedenheit der Ostdeutschen liegt nach wie vor unter der der Westdeutschen, und betrachtet man nur den Anteil derjenigen, die mit ihrem Leben im allgemeinen eher unzufrieden sind, so liegt er im Osten bei 12%, während er im Westen zwar auch angestiegen ist, aber immer noch unter 10% liegt. Besonders unzufrieden sind in erster Linie Personen, die arbeitslos waren, Personen der unteren Einkommensgruppen und ältere Menschen. Dennoch erfolgt bei einer Bewertung der Lebensbedingungen, des Verlaufs der Lebensverhältnisse und der Entwicklung der wirtschaftlichen Situation des eigenen Haushaltes seit 1990 unter den meisten Befragten eine eher positive Einschätzung, wobei im Osten die Mehrheit eine Verbesserung seit 1990 wahrnimmt, während im Westen die Mehrheit für „etwa gleich“

votiert. Insgesamt zeigt sich - analog zu den tatsächlichen Lebensbedingungen - auch eine Annäherung der subjektiven Einschätzung der Lebensverhältnisse in Ost und West, wobei im Westen ein „Vorsprung“ in der subjektiven Zufriedenheit erhalten bleibt.

Ein anderes Beispiel gewinnt anlässlich der in der Öffentlichkeit sichtbaren Aktivitäten radikaler Gruppierungen an Aktualität. Untersucht man, inwieweit die Bürgerinnen und Bürger noch mit den demokratischen Prinzipien übereinstimmen, so zeigt sich eine überwiegende Mehrheit von mindestens 90%, die den Prinzipien liberaler Grundrechte (Meinungsfreiheit, Demonstrationsrecht) und dem pluralistischen Parteienwettbewerb (politische Opposition, Regierungschance aller Parteien) zustimmen. Diese Haltung bestätigt sich bei allen Altersgruppen, allen Parteipräferenzen und Wertorientierungen, so daß die Demokratie als solche eindeutig befürwortet wird. Konkretisiert man jedoch dieses Thema in einer Frage nach dem Funktionieren der Demokratie speziell in Deutschland, so verringert sich diese positive Haltung deutlich. Nur noch 62% der Westdeutschen und 38% der Ostdeutschen äußern sich zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland, wobei die geringe Zufriedenheit in Ostdeutschland seit 1991 nahezu unverändert bleibt.

Der Datenreport 97 bietet erneut zu gesellschaftlichen Lebens- und Problembereichen aktuelle Informationen auf empirischer Basis. Er ist sowohl über den Buchhandel als auch über die Bundeszentrale für politische Bildung zu beziehen.

Statistisches Bundesamt (Hg.), in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim: Datenreport 1997. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 340) ISBN 3-89331-271-4; ISSN 0435-7604, 639 S. Eine Buchhandelsausgabe erscheint beim Verlag Bonn Aktuell, München und Landsberg/Lech.

■ Caroline Kramer, ZUMA
Tel. 0621/1246-244